

Zivilschutz- Forschung

Schriftenreihe der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern
Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz Neue Folge Band 1

Lars Clausen und Wolf R. Dombrowsky

Zur Akzeptanz staatlicher
Informationspolitik bei
technischen Großunfällen
und Katastrophen

ISSN 0343-5164

Herausgeber: Bundesamt für Zivilschutz,
Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2

Schriftleitung und Redaktion: Carl Maier

Die Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Sie stellen keine
Äußerung des Herausgebers dar und sind auch nicht als solche auszulegen.

Inhalt

Empfehlungen in Thesenform	7
I Einführung	9
1. Problemstellung und Zielsetzung	9
2. Forschungsablauf	9
II Ergebnisse	12
1. Die Datenbasis: Gespräche, Interviews, Dokumente	12
2. Bürger und Staat — das eigentliche Thema	15
3. Das Untersuchungsproblem: Eine Reformulierung	16
4. Auswertung der Gespräche und Interviews	24
4.1. Vertrauen und Vertrauensverlust	37
4.2. Information	42
4.3. Akzeptanz	46
4.4. Kontrolle	50
III Theoretisch fundierte Folgerungen	55
1. Vertrauen	55
2. Information	61
3. Akzeptanz	62
4. Kontrolle	64
IV Schlußfolgerungen	66
1. Zusammenschau	66
2. Schlußfolgerungen in Thesenform	68
V Anhang	71
1. Interviewleitfaden	71
2. Quantifizierende Auswertung der Interviews	72
3. Transkripte der Interviews	85
4. Literatur	109
VI Die Autoren	115

Empfehlungen in Thesenform

1. Wir empfehlen die Formulierung eines „**informationellen** Kodex“, einer Art „Grundgesetz der Informationspolitik“, in dem die Ziele, Inhalte und Wertgrundlagen staatlicher Informationspolitik transparent gemacht werden.
2. Wir empfehlen, der Bevölkerung Fehler und Defizite im Bereich der Abwehr von Katastrophen und technischen Großunfällen zu erläutern und sie zur Hilfe aufzufordern.
3. Wir empfehlen eine zweistufige Darstellung der Fehler und Defizite: a) nach Katastrophen und Unfällen; b) allgemein und vorher, um falsche Hoffnungen und **Omnipotenzgefühle** abzubauen.
4. Wir empfehlen, in allen Ressorts, die mit Katastrophenabwehr direkt oder indirekt befaßt sind, Clearing- und Trouble-shooting-Stellen einzurichten, wo geschultes Personal koordiniert und kompetent dort informieren kann, wo sich vor, während und nach Katastrophen und Unglücksfällen unbefriedigte Informationsbedürfnisse artikulieren.
5. Wir empfehlen, im Bereich der Koordinierungsstelle beim Bundesminister des Innern nicht nur technische und **instrumentelle** Regelungen für die Koordinierung von **Strahlenmeßdaten** und anderem Datenverkehr einzurichten, sondern auch soziologische und psychologische, damit die emotionalen und mentalen Einbettungen von Informationen nicht aus dem Blick geraten.
6. Wir empfehlen, auf einfache Einbindbarkeit, d.h. auf Kooptation ohne **Funktions-** und Kontrollrechte, von „Vertrauensleuten der kritischen Bewegungen“ nicht zu rechnen. Sieht man Kontrollmöglichkeiten, die man eröffnen und zur Verfügung stellen will, kann es gewagt werden. Zu den „Vertrauensleuten“ würden Vertreter der Hilfsorganisationen kraft Amtes nicht rechnen, so daß ein **Akzeptanz**gewinn in diesem Bereich nicht vorausgesehen wird.
7. Wir empfehlen, sämtliche staatlichen PR-Maßnahmen im Bereich Katastrophenschutz so lange auszusetzen, bis verlässliche Informationen über die Determinanten des gesellschaftlichen „Unterfutters“ vorliegen, auf dem derartige PR-Maßnahmen bewertet und verarbeitet werden. Dies impliziert die Empfehlung, systematische Forschung in diesem Bereich zu initiieren.
8. Wir empfehlen, im Bereich des Bundesministers des Innern gezielt die **Akzeptanz** von Merkblättern, Infos u.ä. bei der Bevölkerung zu unter-

suchen, um endlich zu einer Informationsgestaltung zu gelangen, die tatsächlich auf den Informationsbedürfnissen der Bevölkerung fußt.

9. Wir empfehlen, eine Enquete-Kommission zu berufen, die die Möglichkeiten einer veränderten Entscheidungsbeteiligung der Bevölkerung, auch in Richtung auf eine sog. „elektronische Demokratie“, untersucht und aufarbeitet.
10. Wir empfehlen, einen „Feuerwehr-Etat“ anzulegen, aus dem im Katastrophenfall Initiativen subventioniert werden können, die, wie z.B. „Eltern für unbelastete Nahrung“, in positiver, seriöser Eigeninitiative handeln. Die Unterstützung derartiger Initiativen wirkt politisch integrativ, weil sie bestimmte, soziale unverzichtbare Momente von Selbstschutz-Engagement ernst nimmt.
11. Wir empfehlen die Einrichtung einer „Ombuds-Stelle“ zum Katastrophen-Clearing. Eine solche Stelle könnte im Katastrophenfall helfen, Fehlentwicklungen vor Ort zu erkennen und durch geeignete Gegenmaßnahmen zu entschärfen. Die **akzeptanzsteigernde** Wirkung liegt auf der Hand.
12. Wir empfehlen zudem, die hier viel zu kurzfristig und noch mit starken Lücken, insbesondere in der Empirie, behaftete soziologische, aber auch die politologische, psychologische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsarbeit fortzusetzen.

I Einführung

Speise und Trank sind zum Leben notwendig, allein früher oder später muß doch jeder sterben; ohne Vertrauen aber ist es unmöglich, daß ein Staat auch nur einen Tag besteht.

Kungfutse (Lun Yü, Jena 1921: XVI)

1. Problemstellung und Zielsetzung

Das Forschungsprojekt „Zur **Akzeptanz** staatlicher Informationspolitik bei technischen Großunfällen und Katastrophen“ wurde auf Grund kurzfristiger Vergabe und einer äußerst begrenzten Bearbeitungszeit unter hohem Zeitdruck durchgeführt. Nicht zuletzt wegen der von Tschernobyl ausgelösten „**Informationskatastrophe**“ und unter dem Eindruck eines dadurch bewirkten „Vertrauensverlustes“ in die Glaubwürdigkeit staatlicher Informationspolitik sollten möglichst schnell fundierte Aufschlüsse darüber gewonnen werden, wie es zu derartigen Entwicklungen kommt, wie ihnen entgegenzusteuern ist, welche Interventionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, damit zukünftig staatliche Informationen im intendierten Sinne wirken, und welche Ansprechpartner gewonnen werden müssen, damit staatliche Informationen und Maßnahmen überzeugend und vertrauensbildend kommuniziert werden können.

2. Forschungsablauf

Mit Hilfe explorativer Gespräche („**narrative**“ Interviewform) und offener Interviews sollte in einem ersten Schritt das Forschungsterrain erschlossen werden. Im zweiten Schritt sollten Zeitdokumente aus Wissenschaft, Kunst und Literatur und Medien exemplarisch analysiert werden, um Tendenzen des zeitgenössischen intellektuellen „Unterfutters“ zu eruieren und Richtungen der Orientierung und der normativen Identitätsbildung aufzuzeigen. Im dritten und abschließenden Schritt sollten die exemplarischen empirischen Ergebnisse mit dem Analysewerkzeug der Katastrophenforschung durchleuchtet und bewertet werden, um allgemeinere Ratschläge und Empfehlungen ableiten zu können.

Schwierigkeiten im Forschungsablauf ergaben sich, als sichtbar wurde, daß der vorgegebene Zeitrahmen des Projekts nicht mit den Terminplänen

der potentiellen, in recht unelastischen **Verantwortungs-** und **Arbeitsbezü-**gen stehenden und über die Bundesrepublik verteilten Interviewpartner zu koordinieren war und deshalb die Durchführung der Interviews aus dem geplanten Forschungsablauf ausgekoppelt und anderen Forschungsschritten **parallelisiert** werden mußte. Auch wenn von vornherein Einigkeit darüber bestand, daß den Interviews insgesamt keine repräsentative, sondern nur eine lotende (und für den Leser sodann illustrierende) Funktion zukommen kann, veränderte diese Maßnahme dennoch die forschungsinterne Funktion der Interviews für die Problemexploration, die Hypothesenbildung und die Abfolge der einzelnen Arbeitsschritte.

Allein der organisatorische Aufwand, den die Auskoppelung, Koordinierung und Durchführung der Gespräche und Interviews erforderte, führte zu neuerlichen Zeiteinbußen: Um die Interviews eigenständig durchführen und die dadurch gegebenen methodischen Risiken dennoch beherrschen zu können, bedurfte es eines hoch qualifizierten Mitarbeiters. Unter dem gegebenen Zeitdruck und für die äußerst begrenzte Arbeitsdauer fanden sich jedoch erst spät und nach intensiver Suche geeignete Bewerber. Sichtung, Auswahl und Einweisung erforderten abermals Zeit. Die schnelle und kompetente Transkribierung und Systematisierung eines Teils der Interviews und Gespräche durch kurzfristig einwerbende wissenschaftliche Hilfskräfte half dagegen, den Zeitrahmen nicht noch mehr ausdehnen zu müssen.

Der sich aufdrängende Eindruck, daß der Verweis auf die Kurzfristigkeit des gesamten Forschungsauftrages, die Koordinierungsschwierigkeiten bei der Interviewdurchführung, die **anfänglichen** personellen Engpässe oder die begrenzte quantitative Aussagekraft der Befragungsdaten nur dazu dienen soll, möglichst vorbeugend und schonend auf fehlende Ergebnisse **vorzubereiten**, wäre jedoch falsch. An Ergebnissen fehlt es nicht, wenngleich es sein könnte, daß die von uns geförderten Ergebnisse nicht dem entsprechen, was im Sinne einer praktikablen Politikberatung erhofft und erwartet wird. Sollte dies so sein, so sehen wir darin die wesentliche Funktion dieses Projekts: Wir glauben nämlich, daß über den Gegenstand des Erkenntnisinteresses selbst Unklarheit herrscht und somit notwendig jede Erwartung enttäuscht werden muß. Stärker noch als im Technischen zeigt sich im Bereich des Politisch-Administrativen, daß die Inhalte der zentralen Begriffe, wie z.B. „**Akzeptanz**“ oder „Information“ — gar „staatliche“ Information —, kaum reflektiert worden sind und kaum wirkungskräftige Anstrengungen zu verzeichnen sind, die Bevölkerung im Ernst- oder Notfall unmißverständlich ansprechen zu können. Die Frage, welche Akteure wen unter welchen Umständen wie informieren sollen, ist inhaltlich noch immer unbearbeitet.

Gerade weil eine normativ umrissene, inhaltlich definierte und ausformulierte „Informationspolitik“ für spezifische Großunfälle und Katastrophen

fehlt, fehlten ganz zwangsläufig klar umrissene Problemstellungen und daraus herleitbare Hypothesen. Die ganze Tragweite dieser inhaltlichen Unbestimmtheit zeigte sich vor allem in den Interviews mit Politikern und Administratoren.

Der Ergebnisteil beginnt daher mit der Darstellung der Gespräche und Interviews. Auch wenn die letzten Befragungen noch stattfanden, als bereits am abschließenden Bericht gearbeitet wurde, dürfen die Interview-Ergebnisse trotzdem als einführender Problemaufriß gelesen und als **forschungsstrukturierender** Auftakt verstanden werden. Mit der nachfolgenden Interpretation der Interviews und einiger ausgewählter zeitgenössischer Dokumente, die sich explizit um die Probleme von „Vertrauensverlust“, „Glaubwürdigkeitskrise“, „Staatsverdrossenheit“ u.ä. zentrieren, sollen die Bedingungen ermittelt werden, die für eine glaubwürdige Informationspolitik unverzichtbar sind. Der abschließende, durchweg theoretisch abgestützte Teil geht von den Desideraten aus, die im Zuge der Interviews und der nachfolgenden **Problemdiskussion** sichtbar geworden waren, und versucht, im synthetisierenden Zugriff Zusammenhänge und Abläufe sichtbar zu machen und geeignete Empfehlungen zu entwickeln.

Der Anhang umfaßt neben den Transkripten der Interviews auch eine ausführliche Literaturliste, in der zahlreiche Titel aufgeführt werden, die im Text keine ausdrückliche Erwähnung fanden, die aber thematisch von Bedeutung sind. Diese Liste möchte deshalb als eigenständige Dokumentation einschlägiger Materialien zum Forschungsthema verstanden werden.

II Ergebnisse

1. Die Datenbasis: Gespräche, Interviews, Dokumente

Insgesamt wurden 20 Personen eingehend interviewt; davon zehn in der explorativen Phase I, zehn in der Haupt-Phase II nach einem halbstandardisierten Leitfaden.

Der Leitfaden (für die Phase II) war stark aus den Ergebnissen und Eindrücken der zehn davorliegenden, narrativ geführten Gespräche (Phase I) entwickelt worden. Da es sich bei diesen offen und unstrukturiert geführten Gesprächen um den Versuch handelte, Trends und Tendenzen im Meinungsbild von Personen zu **explorieren**, die sich selbst spezifischen Gruppierungen zuordnen, erschien es — vor allem aus Zeit- und Kapazitätsgründen — vertretbar, auf eine Transkribierung der Tonmitschnitte zu verzichten. Gesprochen wurde in Phase I mit zwei Bremer „Autonomen“, mit einer Mutter, die eine „Kinderdemo“ zur Bremer Bürgerschaft mitorganisiert hat, mit einem Mitglied der Initiative „Eltern für unbelastete Nahrung e.V.“ in Kiel, mit einem Polizisten, der in Wackersdorf zum Einsatz gekommen war, mit einem Rentner, mit zwei Abiturientinnen, mit einem Lehrer und mit einem selbständigen Software-Entwickler aus der Computerbranche. Für die nachfolgenden Interviews der Phase II wurden vor allem Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens herangezogen: Richter/innen, Politiker, mittlere und höhere Verwaltungsbeamte, Manager, Banker und Wissenschaftler. Den Gesprächspartnern wurde Vertraulichkeit zugesichert; persönlich zuordenbare Daten werden daher nicht oder nur dort genannt, wo das Einverständnis dazu vorliegt.

Die in Verfolg des Interviewleitfadens (s. Anhang, S. 71) geführten Interviews waren in dem **Sinne** „offen“, daß für die Befragten jederzeit die Möglichkeit bestand, **zurückzufragen**, Modifikationen der Fragestellungen einzufordern oder einfach in Monologform beliebig lange Ergänzungen oder Kommentare einzufügen. Die Fragen selbst kreisten allesamt um die Stichworte „Vertrauen“ und „**Risikoakzeptanz**“; der Begriff „Informationspolitik“ taucht nur einmal, im Anfangsstatement auf. Die damit bewirkte **Fokussierung** war beabsichtigt, sie sollte die Befragten dazu bringen, die Thematik innerhalb des Horizontes zu umrunden, der sich für sie selber spannt. Man könnte es auch boshaft formulieren: Die vordergründige Trivialität der Fragen erweist sich als heimlicher Intelligenz- und Kreativtest: Wem die Fragen nicht paßten, der konnte sie kritisieren und in die Richtung modifizieren, in die er sie haben wollte. Von dieser Möglichkeit machten immerhin vier Interviewte Gebrauch; ein Befragter nannte das **In-**

terview insgesamt „unfair“ (Bankdirektor; Interview Nr. 7), sieben lehn-ten bestimmte Fragestellungen ab (insbesondere Frage 8).

Die Auswertung der Interviews erfolgte auf zweifache Weise. Zum einen wurden alle Antworten nach gleichlautenden Äußerungen geordnet und entsprechende quantifizierbare Kategorien gebildet. Dieser Auswertungsteil findet sich in tabellarischer Form im Anhang von Seite 72–85. In die quantifizierende Auflistung der Antwortkategorien sind erläuternde und vertiefende Kommentare und wörtliche, aber über die **Kategorisierung** hinausweisende Zitate eingefügt, um eventuelle Unklarheiten oder Ungenauigkeiten auszuräumen. Es empfiehlt sich, diesen Teil im Stück, zusammen mit den kommentierenden Einschüben, zu lesen, will man einen Gesamteindruck der Interviews erhalten. Zum anderen folgt im anschließenden Teil die Transkribierung der Interviews in der Interviewfolge von 1 bis 10. Gelegentliche Kürzungen, vor allem von abschweifenden, nicht mehr zum Thema gehörenden Teilen, wurden vorgenommen und durch Punkte (. . .) im Text gekennzeichnet. Inhaltliche Entstellungen oder gar Manipulationen entstanden dadurch **nicht**, doch können in allen Fällen die Tonmitschnitte überprüft werden.

Die Aussagen der Befragten stellen subjektive Meinungsäußerungen dar; ein repräsentativer Gehalt im statistischen Sinne kann ihnen nicht zukommen. Dennoch erscheinen die Aussagen in einem auslotenden Sinne **verallgemeinbar**: Sie stehen für verbreitete Meinungsbilder und illustrieren diese recht gut. Mit den Analysen zeitgenössischer Dokumente und den Ergebnissen andernorts durchgeführter empirischer Untersuchungen ergibt sich ein hohes Maß an Übereinstimmung.

Das wesentliche Ergebnis der vorangegangenen explorativen Gespräche bestand weniger im Entdecken neuer Fakten oder Argumente, als vielmehr im Nachweis des engen Zusammenhangs von Denkorientierungen und Gruppenzugehörigkeiten bzw. emotionaler wie weltanschaulicher Befriedigung. Bis auf zwei Ausnahmen (Polizeibeamter und Computer-Manager) fiel den Befragten nur selten auf, wenn ihren Aussagen inhaltliche **Stringenz** oder logische Widerspruchsfreiheit fehlte. Der Wunsch, definierten oder angenommenen Gruppen- oder Statusstandards zu entsprechen und sich in diesem Sinne konform und angemessen zu verhalten und zu äußern, war deutlich ausgeprägt und emotional so befriedigend, daß auch die Konfrontation mit Widersprüchen nicht verunsicherte. Eher beförderte dies **affektive** Reaktionen, verbunden mit zunehmend direkteren Ausgrenzungen. Eine gewisse Neigung zu immunisierenden Argumenten — teils aus der **Individualpsychologie** und den Vorstellungswelten des „New Age“, teils aus **berufs-** oder standesethischen Stilbildungen — herrschte deutlich vor: Man setzte sich bewußt vom „kleinen Mann“ oder „der Straße“ ab, wollte mit einem „gewissen Jargon“ nicht zu tun haben oder mokierte sich über „geschmacklose Übertreibungen“ (s. Interview

Frage 8). Anderen sollte es vor allem darum gehen, „Betroffenheit echt rauszulassen“, das „Kopfige der Typen“, der Männer also, zu überwinden und „voll die Todesgeilheit männlicher Technik gegen das Prinzip des Lebens“ auszutauschen. Die Prägekräfte dieser Orientierungen reichten bis in Politik und Wissenschaften; auch dort fanden sich, wenngleich sprachlich geglättet, durchaus analoge Ausdrucksweisen und Argumentationsmuster. Dennoch ist der Unterschied zwischen Gesprächen der Phase I und Interviews der Phase II deutlich. Ganz offensichtlich führt der höhere Grad beruflicher und sozialer Etablierung auch zu einer stärkeren Befassung mit Details, zum Vorrang des „**piecemeal engineering**“ und der Bereitschaft zum „Durchwursteln“, während die jüngeren Jahrgänge noch zu moralbeanspruchendem Rigorismus neigen, auch wenn er sich gelegentlich als „Null Bock“ und „**no future**“ gibt.

Auffallend wiederum war eine Gemeinsamkeit: Differenzierungen, gar „**Sowohl-als-auch-Argumente**“ wurden weitgehend abgelehnt und lächerlich gemacht: Dem Rentner erschien es „knieweich“ und „typisch kompromißlerisch“, dem Lehrer als „Grauschleier-Gerede, das sich um Standpunkte drückt“, den beiden Abiturientinnen als „sozialdemokratisches Wischiwaschi“, den beiden „Autonomen“ als „Hirnwichs, um sich vor action zu drücken“, dem Polizisten als „typisch Politikergerede“, während die Bremer Mutter meinte: „So wie Du (gemeint ist der Interviewer) darüber redest, also das **find’** ich einfach schlimm. Für mich stehst Du auf der anderen Seite!“

Der Vorwurf, „auf der anderen Seite zu stehen“, war, ausdrücklich oder sinngemäß, relativ schnell bei der Hand. Es ging, zumindest im Rahmen der hier verwertbaren Gespräche und Interviews, um die **Instrumentalisierung** des Interviewenden. Bevorzugt sollte er in einer der folgenden Rollen zu erkennen sein: Als Mikrofonhalter, dem man Mitteilungen **verlautbart**; als potentieller Sympathisant bzw. einführungswilliger Novize, den es zu gewinnen gilt; oder als verwandte Seele, mit der man in gleichartigen Erfahrungen verschmelzen kann. Auf keinen Fall sollte er „stören“ im Sinne von: andersartig präsent sein. Besonders ungeeigneter erschien die Rolle, die dem Interviewer am ehesten zukam: die des Wissenschaftlers. Als solcher stand er sofort unter Ideologieverdacht, war Vertreter des Patriarchats oder des Establishments. In manchen Szenen hätte man daher arbeitslos sein und von Greenpeace kommen müssen; in anderen zumindest vom Öko-Institut. Typische **Intro-Fragen** (für oder gegen **KKW's / Tierversuche / Methadon / Frauen-Quoten-Regelung**) waren häufig und filterten gelegentlich rasch. Politiker und Beamte entschuldigten sich häufig; sie seien von Details überlastet, ihnen fehle die Zeit fürs „Grundsätzliche, Theoretische“, ließen dann aber doch erkennen, daß sie die „Uni-Leute ja doch für viel zu theoretisch und abgehoben“ halten. Den Alternativen war man generell zu „kopfig“ und „fernab vom wirk-

liehen Leben" und den „Autonomen" sowieso „in den militärisch-industriellen Komplex verstrickt".

Es ließ sich dem Eindruck nicht ausweichen, daß am liebsten jeder mit seinesgleichen gesprochen und möglichst gleichartige Erlebnisse ausgetauscht hätte. Wie in Angelvereinen über die größten Fische oder in Motorradcliquen über die „schnellsten Hocker" und „irresten Stürze" geschwärmt wird, so berauschten sich z.B. die „Autonomen" an ihren Erlebnissen beim Strommastsägen und Zwillenschießen und die Atomkraftgegner an Grenzwertmanipulationen, Molkepulver-Odysseen und Störfalldaten. Die scheinbar harmonische Atmosphäre zerstob jedoch sofort, sobald Einwände geltend gemacht oder kritische Fragen gestellt wurden. So vermochten z.B. die beiden „Autonomen" ah Gewaltenteilung oder Rechtsgleichheit selbst dann nichts Positives zu entdecken, als sie nach der Sanktionierung von Abweichlern oder Gewalttätern in einer „Gesellschaft der Freien" gefragt wurden. Atomkraftgegner wiederum weigerten sich, über „**Post-Abschalt-Probleme**"; insbesondere der Entsorgung, der Endlagerung und der Demontage nachzudenken: „ich bin gegen Atomkraft und damit **Basta!** Du kannst auch nicht ein bißchen schwanger sein. Entweder es ist Schluß oder Du kriechst der andren Seite auf den Leim. Außerdem, wenn sich alle einig wären und wir die Milliarden für Rüstung nehmen, wird auch dafür eine Lösung gefunden. Aber wenn alle so reden wie Du (der **Interviewer**), wird nur alles zerquatscht" (Bremer Mutter). Politiker schließlich reagierten verärgert, sobald nach ihrer Fähigkeit gefragt wurde, **gesellschaftsverändernde** Strömungen wahrzunehmen, aufzugreifen und konsensfördernd zu integrieren. Auch hier zeigte sich eine **Tendenz**, den Andersdenkenden sofort als den Systemveränderer zu denunzieren und als unverbesserlich **auszugrenzen** (vgl. II.4; Frage 3).

Nun kann es an dieser Stelle nicht darum gehen, für die Interviewabläufe die **Angemessenheit** gegenwärtiger Befragungstechniken im allgemeinen oder die Determinanten der Interviewsituation im besonderen verantwortlich machen zu wollen. Längst signalisieren die **Schlagworte** vom „Niedergang der politischen Kultur", vom „Verlust des Diskursiven", von der „neuen Intoleranz" u.ä., daß sich Kommunikationsabläufe grundsätzlicher verändert zu haben scheinen, als daß es einzelnen Interviewern oder bestimmten Befragungsthemen allein zugerechnet werden könnte. (Obgleich dies angelegentlich so schien, wenn Gespräche abgebrochen oder gar nicht erst aufgenommen wurden, weil man nicht das „richtige" outfit trag oder der Auftraggeber der Forschung einem nicht paßte.)

2. Bürger und Staat — das eigentliche Thema

Die sich nach Gesprächen und Interviews zunehmend aufdrängende Frage nach den „grundsätzlicheren" Veränderungen sozialer Kommunikation er-

wies sich für den Fortgang der Untersuchung als **tückisch**. Die schuldzuschreibende **Dichotomisierung**, nach der immer die Anderen (die renitenten **Jungen/die** verkalkten **Alten/die** Kapitalisten/die Gewerkschaften / **die Frauen/die** Politiker/die **Experten/die** Technik usw.) der Grund allen Übels sind, **führt** nur allzu leicht in die Irre. Nicht darin ist die Veränderung zu sehen, daß Kommunikationsabläufe noch intoleranter oder die bestehenden Verhältnisse noch schlimmer werden, sondern darin, daß die Verhältnisse nicht mehr als gemeinsame Verhältnisse und Kommunikation nicht mehr als gemeinsame Übereinkünfte zum wechselseitigen Verständnis begriffen werden. Das Risiko, an dieser Stelle die vergangenen **Bataillen** der Staatsphilosophie und Gesinnungsethik am Stammtisch nachgestellt zu bekommen, mag zwar schrecken, doch kann man nicht umhin, das hier vorliegende Forschungsproblem von diesem Blickwinkel aus zu analysieren: Der Frage nach der **Akzeptanz** staatlicher Information liegt nämlich eine weit wichtigere, aber unausgesprochene Fragestellung zugrunde. Diese wird erkennbar, sobald man staatliche Informationspolitik als Kommunikation zwischen Staat und Bürger auffaßt und den Bedingungen nachgeht, die dieses Verhältnis und seine Übereinkünfte ausmachen. Zu fragen ist dann, ob es wirklich um ein wechselseitiges Verständnis und ein gemeinsames Verhältnis geht, oder ob Staat und Bürger sowohl „Information“ als auch ihre Beziehungen, kurz: ihr Verhältnis zueinander, in- zwischen kontrovers interpretieren. Wie also müssen staatliche Informationen beschaffen sein, damit sie Akzeptanz finden? Und was bedeutet dabei „Akzeptanz“? Daß Informationen aufgrund ausreichender Bildung begriffen oder auch emotional und weltanschaulich gebilligt werden? Erforderte dann Akzeptanz nicht auch soziale, politische und moralische Verhältnisse des Einverständnisses und der Zustimmung gegenüber den Inhalten der Information und den Informierenden selbst? Langsam finden so die unausgesprochenen Fragestellungen ans Licht und offenbaren den imperativen Gehalt, die **direktive** Funktion von Information: Der Staat will, daß seine Informationen mehrheitlich befolgt werden. „**Akzeptanzdefizite**“ bedeuten dann, daß Folgsamkeit nachläßt, Gefolgschaft schwindet, der Staat sich seiner Bürger nicht mehr ganz sicher sein kann. Folglich lautet die eigentliche Frage hinter der Frage nach der Akzeptanz von Information: Wie hält es der Bürger mit dem Staat?

3. Das Untersuchungsproblem: Eine Reformulierung

So berechtigt der Staat „seine“ Bürger fragt, wie sie es mit ihm halten, so berechtigt stellt sich diese **Vergewisserungsfrage** auch umgekehrt. Auch der Bürger möchte wissen, wie der Staat zu ihm steht, ob er hält, was er verspricht. „Vertrauen“ ist genau hier verankert; Vertrauen ermöglicht es, daß zwischen Staat und Bürger ein Verhältnis bestehen kann, in dem, vor-

läufig, beide Seiten „ihren Geschäften“ auf **Treu** und Glauben nachgehen können. Ähnlich einer Ehe, in der zu Beginn noch keiner weiß, wie sie verlaufen wird, aber dennoch jeder darauf vertraut, daß sie gelingt, zeigt erst der tägliche, praktische Umgang miteinander, wo Vertrauen enttäuscht und wo es befestigt wird. Auch wenn es sich sonst verbietet, die Institutionen Ehe und Staat miteinander zu vergleichen, sind dennoch diese Mechanismen innerhalb der Institutionen einander sehr ähnlich. Beide beginnen mit sehr allgemeinen und inhaltlich unbestimmten Versprechen (**Treue/Liebe; Gemeinwohl/Schutz** etc.), die sich erst im Laufe von Jahren und formellen, nach außen wirksamen Akten durch Erfahrungen mit Bedeutung füllen. Beide Institutionen konkretisieren sich durch die Summierung von Lernschritten, fast könnte man von einer Art lebenspraktischer Kontoführung sprechen: Das polizeiliche Führungszeugnis auf der einen und das staatsbürgerliche Selbstverständnis auf der anderen Seite. Daß in der Praxis tatsächlich derartige Erfahrungsbuchungen vorgenommen werden, zeigten die Gespräche und Interviews stellenweise sehr deutlich; daß es bisweilen auch in Richtungen geht, die dann die vorliegende Forschung notwendig machen, sollte zu denken geben. Die letzte Konsequenz aus negativ verlaufenden Buchungen hat Karl Popper (1987) in aller Schärfe gezogen: Das Entscheidende bestehe eigentlich nur darin, wie die Bürger eine enttäuschende Regierung loswerden können ...

Nun ist diese Poppersche Zuspitzung auf zweifache Weise **problematisch**. Zum einen zielt sie einseitig auf „Scheidung“, so daß die Möglichkeit des „**Zusammenraufens**“ gar nicht diskutiert wird. Zum anderen läßt Popper völlig außer acht, daß das „**Entscheidende**“, also die Frage, wie man einen ungeliebten Partner loswerden kann, immer für beide Seiten einer Beziehung gilt: Auch Regierungen versuchen, ihre Bürger „loszuwerden“. Zwar hat Popper recht, wenn er sagt, daß es eigentlich nur zwei Staatsformen gibt: „Solche, in denen es möglich ist, die Regierung ohne Blutvergießen durch eine Abstimmung loszuwerden, und solche, in denen das nicht möglich ist“ (1987: 54), doch irrt er, wenn er meint, daß „jede Regierung, die man wieder loswerden kann, (...) einen starken Anreiz (hat), sich so zu verhalten, daß man mit ihr zufrieden ist“ (**ebd.**). Richtig ist vielmehr, daß ein ebenso großer Anreiz dahin bestehen kann, sich so einzurichten, daß man auch bei größter Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht mehr loszuwerden ist und es trotzdem kein Blutvergießen gibt. Zahlreiche Entwicklungen selbst in westlichen **Demokratien** und auch in der Bundesrepublik Deutschland weisen in diese Richtung. Öffentlich artikuliert Ängste vor einem „Überwachungsstaat“, vor den Möglichkeiten zunehmender „Vorfeldkontrollen“ und lebensbegleitender „**Screenings**“ zeigen, daß angesichts von Großunfällen und Katastrophen in der Tat die Zentralprobleme demokratischer Gesellschaften auf der Tagesordnung stehen. Es geht darum, wie politische **Partizipation** und Kontrolle, Mitentscheidung und

Mitverantwortung noch geregelt und Zukunft unter Zeitdruck und hohen Risiken noch gestaltet werden kann.

Es wäre naiv, dabei nur die Fragen der **Abwählbarkeit** von Regierungen oder die Art des Wahlrechts diskutieren zu wollen (vgl. Dahrendorf 1988). Es geht vielmehr um die Gestaltung angemessener Regelmechanismen, um die Qualifizierung und Quantifizierung von Wertentscheidungen. Angesichts der heutigen Tragweite von Entscheidungen, der Zeithorizonte von Entscheidungsfolgen und der zunehmenden Irreversibilität von Entscheidungsinhalten sind weder die gegebenen Entscheidungsmechanismen noch die Zeithorizonte der Entscheidungsvorbereitung, der Willensbildung und des Assessments von Folgen und Alternativen angemessen. Zumal auch Verwaltungen bekommen dies als direkte Arbeiterschwernisse zu spüren. Statt längerfristig angelegte Verfahren für die Bewältigung spezifischer Probleme zu entwickeln, werden Entscheidungen noch immer über pauschale Mehrheitsbildungen auf kürzere Zeit (z.B. Legislaturperiode, Haushaltsjahr o.ä.) abgewickelt. Indem aber alle Momente des gesellschaftlichen Verkehrs dergestalt als Probleme von Interims-Mehrheiten erscheinen, greift ein Verständnis um sich, das den Kampf um Mehrheiten schon als Ziel und Zweck versteht und sich nur noch darum kümmert, wie wann Mehrheiten zu erzielen sind, aber nicht mehr, wie mit den zugehörigen Minderheiten verfahren werden soll, ob sie einander immer im gleichen Kreise wiederfinden, verfestigen und feindselig werden, und vor allem, welche politischen Sicherungen und welche Revisionsmechanismen eingebaut werden müssen, falls sich zeigen sollte, daß die Minderheitenmeinung die richtigere gewesen wäre.

Katastrophen sind dann exakt jene Momente, in denen es an derartigen Revisionsverfahren fehlt und die Irreversibilität der Schäden beweist, daß andere Vorstellungen zwar richtiger waren, aber keine Mehrheit hatten. Die **Real-Falsifikation** von Mehrheiten durch Katastrophen anstatt durch integrative, konsensuelle politische Verfahren, führt dann der Bevölkerung nachhaltig vor, daß im Verhältnis Staat — Bürger „etwas nicht stimmt“ und daß es der Korrektur bedürfte. Da jedoch keine, oder aufgrund vieler Lernschritte nur enttäuschende Verfahren zur Verfügung stehen, politische Verhältnisse wieder „stimmig“ zu machen, stellen Katastrophen zunehmend Ereignisse dar, bei denen die Reaktionen der Betroffenen unvorhersagbar werden. Das sog. „**Tschernobyl-Syndrom**“, die „**Fischwurm-Hysterie**“, das „**Robbensterben**“ oder die „**Shampoo- und Zahncreme-Affäre**“ zeigten Symptome, wie sie bereits nach den schwerer wiegenden Katastrophen von **Love Canal/USA** (1978; Giftmüll), **Three Mile Island/USA** (1979; Reaktorunfall), **Bhopal/Indien** (1984; Union Carbide-Chemie), **Basel/Schweiz** (1987; Sandoz-Chemie) sichtbar geworden waren, oder, wie in **Massa/Italien** (1988; **Farmoplant-Chemie**) immer wieder sichtbar werden: Demonstrationen, gegenkulturelle Aktionen, Arbeitsnie-

derlegungen, Produktboykotte, Formen „zivilen Ungehorsams“ bis hin zu Gewalttätigkeiten, sowie die Entstehung zahlreicher neuer „Graswurzel“-Initiativen kennzeichnen die aktiven, öffentlich sichtbaren Reaktionsformen.

Öffentlich kaum sichtbar, dafür aber **unterflorig** wirksamer, sind die eher passiven Reaktionsbildungen, wie sie in der amerikanischen Katastrophenforschung zusammenfassend als „**Mental-Health-Syndroms**“ (vgl. Dynes 1982; Quarantelli 1984; Goldsteen/Schorr 1979) beschrieben werden: akute psychische **Traumatisierungen**, chronische Schäden bis hin zur **Phobienbildung**, gesteigerte Familien- und Beziehungsstörungen, Alkohol-, Tabletten- und Drogenmißbrauch, Depressionen, Apathie, Hoffnungslosigkeit sowie chronische psychosomatische Irritationen kennzeichnen die Symptomatik. In der einschlägigen deutschen Literatur finden sich vergleichbare Ergebnisse (vgl. Bauriedl 1986; Cramer 1986; Hondrich 1986; Keupp 1986).

Neben individuellen psychischen Beeinträchtigungen auf der einen und kollektiven, öffentlichen Spontanreaktionen auf der anderen Seite zeigen sich jedoch zunehmend auch Reaktionsbildungen, die nicht nur auf Beruf und privates Leben durchschlagen oder auf kurzfristige, spontane Kollektivaktionen beschränkt bleiben, sondern die „**Regierbarkeit**“ auf ganz andere und viel nachhaltigere Weise beeinflussen: Zu sprechen ist dabei weniger von den organisierten Formen längerfristig angelegter „Anti-Strukturen“, als vielmehr von den ungeplanten Auswirkungen psychosozialer **Individualreaktionen** auf die Gesellschaft, von den dadurch induzierten Wandlungsprozessen der sozialen Werte-, Normen- und Einstellungsmuster und von den Folgen dieser Veränderungen für die Handlungsfähigkeit des Staates.

Die hier angelegte Differenzierung zwischen mehr oder weniger „systemkonform“ verlaufenden Oppositionsformen, eindeutig davon abgehobenen „Anti-Strukturen“ und einer untergründig, sich ungeplant und ungewollt aus vielfältigen individuellen Entwicklungen ergebenden „Befindlichkeit“ ist nach unserer Analyse von zentraler Bedeutung. Jeder Versuch, mit dem die **Akzeptanz** staatlicher Maßnahmen und das Vertrauen in behördliche Informationen erhöht werden soll, muß unweigerlich scheitern, wenn verabsäumt wird, sich der Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen diesen drei verknüpften Bereichen zu versichern.

Die methodologischen Problemaspekte schließen hier an: Weder Akzeptanz noch Vertrauen lassen sich „herstellen“, sie können bestenfalls erworben, gepflegt und ausgebaut werden. Als **affektive**, nicht-rationale Voraussetzungen des sozialen **Miteinanders** stellen Akzeptanz und Vertrauen nicht-einforderbare Vorleistungen dar, ohne die weder arbeitsteilige Abhängigkeiten funktionieren könnten noch Gesellschaft insgesamt möglich

wäre. So gesehen, stellen **Akzeptanz** und Vertrauen, wie andere Werte und Normen auch, Größen des gesellschaftlichen „Unterfutters“ dar, sind Momente der „Befindlichkeits-Infrastruktur“, ohne die sozialer Verkehr, ein **Sich-Aufeinander-Einlassen** nicht gelänge. Sie sind die nach Arnold Gehlen unumgänglichen „**Hintergrunderfüllungen**“ staatlicher Institutionen.

Die Vagheit der verwendeten Begriffe verweist aus anderem Winkel auf die erkenntnistheoretischen und methodologischen Probleme: Wie z.B. mißt man den Grad gesellschaftlich durchschnittlicher Ehrlichkeit? Wie bemißt sich „Zuverlässigkeit“? Und nach welchen Momenten der „Befindlichkeits-Infrastruktur“ hat man zu suchen, wenn man z.B. bei der Ansiedlung einer gefährlichen und umweltschädlichen Industrie-Anlage die Reibungsverluste durch die betroffenen Anrainer minimieren will? **Raymond Goldstein** und **John Schorr** (1979; 1989) sind derartigen Fragen nachgegangen. Ihre Zeitreihenuntersuchungen über den Einstellungswandel der Bevölkerung von **Middletown/USA** durch den Unfall von **Three Mile Island (TMI)** belegen, daß Technikbejahung, Fortschrittsgläubigkeit, Religiosität, politischer Konservatismus usw. bei der Ansiedlung des Reaktors ausschlaggebende Standortfaktoren waren, daß aber dieses positive Potential sehr schnell verspielt wurde, als sich Menschen in ihren basalen Glaubens- und Wertvorstellungen getäuscht oder gar betrogen sahen.

Dennoch sind eindeutige kausale Zusammenhänge schwer zu beweisen (vgl. **Mileti et. al. 1984**), auch wenn evidenten Material von verschiedenen Seiten vorgelegt wurde (vgl. **Pope/Wenger 1984**). An einem einfachen Beispiel zeigen sich die Schwierigkeiten: Nach dem **TMI-Unfall** hat sich die Scheidungsquote nachweisbar erhöht. Die mehrheitlich von den Ehefrauen angestrebten Verfahren wurden signifikant häufig damit begründet, daß sich die Männer trotz der akuten Gefahr nicht angemessen um die Familie und deren Gesundheit gekümmert und Sorgen nicht ernst genommen hätten. Oberflächlich besehen erscheint zwischen TMI-Unfall und Scheidungszunahmen ein Zusammenhang; zwingend „kausal“ ist er jedoch nicht. Denkbar wäre auch, daß andere Extremsituationen zu gleichen Verhaltensweisen geführt hätten, weil die innere Zerrüttung dieser Ehen nur eines Anlasses bedurfte, um ausagiert werden zu können. Noch deutlicher wird diese soziale Seite des Problems bei dem Zusammenhang zwischen TMI und verstärktem Alkoholkonsum. Daß nach dem TMI-Unfall mehr Alkohol konsumiert wurde, läßt sich beweisen, daß diese Zunahme aber durch TMI verursacht worden sein soll, ist ohne den Einsatz inquisitorischer Gewissensausforschung so wenig zu beweisen wie die „wahren“ Scheidungsgründe. Denkbar wäre auch hier ein anderer Zusammenhang. TMI könnte ein — im psychologischen Sinne — „willkommener Anlaß“ gewesen sein, um bisher bezähmten oder aufgrund sozialer Kontrolle verhinderten Suchtneigungen nunmehr offen nachgeben zu „dürfen“, „da dieser Alptraum anders nicht auszuhalten ist“.

Die Frage also, wie Menschen mit Extremsituationen und den darauf bezogenen Maßnahmen und Informationen von Behörden und Institutionen umgehen, läßt sich nicht im Sinne eindeutiger Kausalzurechnung beantworten. Die individuelle Reaktionsskala ist aufgrund ihrer biographischen, sozialen und demographischen Varianz viel zu komplex, als daß Prognosen darüber abgegeben werden könnten, wer mit Depressionen, Apathie oder Phobien reagiert, wer zum Amokläufer oder Terroristen wird, wer eine Bürgerinitiative oder eine Partei gründet, wer sich an den Petitionsausschuß des Bundestages wendet oder innerhalb seiner Partei nach neuen Mehrheiten suchen wird. Vollends rührt mit Stangen im Nebel, wer Aussagen über Reaktionen machen will, die sich im weltanschaulichen, normativen Bereich abspielen. Schlagworte wie „Staatsverdrossenheit“, „Staatsmüdigkeit“, „Legitimationskrise“, „Vertrauensverlust“ etc. dienen zumeist dazu, Entwicklungen zu dramatisieren und zu emotionalisieren, um dadurch den jeweils nachfolgenden Therapievorschlügen größeres Gewicht zu verleihen. Wie die Fakten hinter den Begriffen tatsächlich zu wägen sind, bleibt zumeist im Dunkel.

Damit soll nicht gesagt werden, daß keine Fakten erhoben und ihre Bedeutungen nicht gewichtet werden können, sondern vielmehr nur, daß darauf zu achten ist, welche Daten für welche Deutungen genutzt werden können und dürfen. Was nämlich bislang fehlt, ist eine testfähige (und getestete) Theorie, aus der sich für die hier zu verhandelnden Zusammenhänge ein Verständnis von Daten und Deutungsreichweiten herleiten läßt.

Auch diese Facette der erkenntnistheoretischen und methodologischen Problematik wird anhand eines Beispiels schnell sichtbar: Während der **Anti-Wackersdorf-Demonstration** Pfingsten 1986 wurden erstmals sog. „normale“ Bürger dabei beobachtet, wie sie Getränkedosen und -flaschen mit Sand füllten und an „Chaoten“ als Wurfgeschosse weiterreichten (vgl. Stock 1986: 14). In der nachfolgenden veröffentlichten Diskussion wurden diese Bürger von interessierter Seite als Beweis dafür genommen, daß mittlerweile die Sympathisanten des Terrorismus in den bürgerlichen Mittelschichten zu finden und die **Oberpfälzer** zu operativen Versorgungsbasen des „Schwarzen Blocks“ geworden seien (vgl. Bischoff et. al. 1986: 25–29). Aus der Sicht der beteiligten Bürger stellten sich die Abläufe umgekehrt dar: Massive Polizeiübergriffe und Gaseinsätze aus Hubschraubern gegen Wehrlose, Alte und Kinder hätten die Brutalität des heraufdrängenden Atom-Staats bewiesen und gezeigt, daß Widerstand bis hin zur Gewalt so legitim wie notwendig sei.

Ohne inhaltliche Bewertungen vorzunehmen, zeigen die kontroversen Einschätzungen beider Seiten massive „blinde Flecke“. Damit ist nicht gemeint, daß Einzelercheinungen vorschnell generalisiert oder situatives Fehlverhalten aus propagandistischen Interessen überfolgert wurde, sondern vielmehr, daß Einzelercheinungen gegenwärtig überhaupt nicht

mehr in ihrer Genese und in ihrer **Potentialität** beurteilt werden können. Gerade weil eine erklärungskräftige Theorie fehlt, lassen sich die **Ungleichzeitigkeiten**, Überschneidungen und Abmischungen der gegenwärtigen Übergangsphase nicht fassen, vermag niemand zutreffende Aussagen darüber zu machen, welcher Lernschritt und welche konkrete Einzelerfahrung im Umgang zwischen Bürger und Staat zu welcher besonderen Reaktion und zu welcher allgemeinen Sichtweise vom Anderen führt. Ob das Faß also zum Bersten nur noch eines Tropfens **bedarf**, ob es zum geordneten Ablauf gebracht oder zur unmerklichen Versickerung zu führen ist, ob gar noch Eimer nachgeschüttet werden können, ohne daß die Kapazität erschöpft wird, läßt sich **u.E.** nicht entscheiden. Aus diesem Grunde halten wir es für angemessen, im folgenden jene Gesprächs- und Interviewausschnitte zu dokumentieren und zu kommentieren, die aus alltagspraktischer Perspektive Veränderungen artikulieren und relevante Problembereiche andeuten. Dabei steht dem Vorwurf der Überforderung nichts im Wege; Lotstudien müssen dies in Kauf nehmen, weil sonst gar nichts ausgesagt würde. Wir haben also bewußt überfordert, weil wir glauben, daß dort, wo empirisch gesicherte Aussagen fehlen und für harte Prognosen keine Daten und keine angemessene Theorien zur Verfügung stehen, Wissenschaft auch die Aufgabe und die Pflicht hat, andere, weitere Zugänge zur Wirklichkeit fruchtbar — und dies kann hier nur heißen: heuristisch nutzbar — zu machen. Kenntnis vernetzende Intuition, begründete Spekulation, szenarische Vorausschau und das Durchprüfen von Möglichkeiten und Vermutungen gehören dann zum Handwerkszeug.

Eines jedenfalls sollte berücksichtigt werden, wenn man den Versuch unternimmt, Ausmaß und Richtung von Veränderungen erfassen zu wollen, von denen man glaubt, daß sie auf Loyalitätskollapse zusteuern: Man sollte zwischen aktiven und passiven, sichtbaren und unsichtbaren Ausdrucksformen unterscheiden und berücksichtigen, daß der sichtbare Teil der Reaktionsbildungen weder auf die Größe der „Dunkelziffer“, also auf das latente, bislang nicht durch öffentliche Aktionen auffällig gewordene Potential, schließen läßt, noch auf die Qualität und die Richtung der unsichtbar wirksamen Veränderungen im affektiven und mentalen Unterfutter der jeweiligen Akteure! Niemand weiß, welcher Lernschritt in welche Richtung führen wird, und es wäre fahrlässig, Pauschalbehandlungen z.B. nach reiner Gruppenzugehörigkeit vornehmen zu wollen. Sehr oft ist gerade die Variable „Gruppenzugehörigkeit“ die zufälligste Größe innerhalb des Wirkungszusammenhangs Bürger — Staat. In dieser Hinsicht ist viel von der Rekrutierungspraxis der RAF zu lernen, die es nämlich zunächst trefflich verstand, affektive Bedürfnisse zu befriedigen und dann erst auf Inhalte zu fixieren.

Zudem lautet das mit dem Begriff „Unregierbarkeit“ verbundene Problem nicht, warum alle, auch noch die bestgemeinten Maßnahmen einer Regie-

rung oder ihrer exekutiven Organe auf Opposition stoßen, — dies ist **systemkonstitutiv** —, sondern vielmehr, warum sich zunehmend größere Teile dieser Opposition nicht mehr an ihren **systemkonstitutiven** Auftrag gebunden fühlen und, statt konstruktiv auf Entscheidungsprozesse und Maßnahmen Einfluß zu nehmen, sich innerlich vom Staat abwenden, seinen Vertretern mißtrauen und ihre Maßnahmen beargwöhnen.

Die ganze Tragweite des Problems erschließt sich von hier **aus**: Wo Menschen „innerlich kündigen“, sich Argwohn und Mißtrauen einnisten und die **Identifizierbarkeit** von Opposition verlorengeht, da beginnt die Basis für **Partizipation**, Kooperation und Konsens zu schwanken, da beginnt politische Unkalkulierbarkeit. Die so bewirkte Unregierbarkeit unterscheidet sich grundlegend von einer Unregierbarkeit, wie sie fehlende Mehrheiten, blockierende Einflußgruppen, höchstrichterliche Anordnungen oder gar ein Generalstreik hervorrufen können. Dort nämlich, wo die Kräfte, die die Absichten und Maßnahmen der Regierenden durchkreuzen, identifizierbar sind, lassen sich auch Positionen identifizieren und **personalisieren**, so daß, im positiven Falle, einigende Verhandlungen aufgenommen, oder, im negativen Falle, staatliche Zwangsmittel verhängt werden können. Dort aber, wo Positionen weder zu identifizieren noch zu **personalisieren** sind, sind keine Verhandlungen möglich und Zwangsmittel nur ad hoc adressierbar; beides wirkt wiederum kontraproduktiv und verstärkt die Bereitschaft zur inneren Kündigung.

An dieser Stelle gewinnt das Problem Kontur: Nicht die Entstehung und Existenz außerparlamentarischer Anti-Strukturen führt zu politischer Unkalkulierbarkeit, sondern das Heranwachsen einer ideologischen Unterströmung, aus der Anti-Strukturen „zusammenrinnen“ können. Die Anti-Strukturen selbst gehören, wie andere Kräfte in einer Gesellschaft auch, dann zu den identifizierbaren und damit personalisierbaren Oppositionsformen; sie können folglich integriert, isoliert, sanktioniert werden. Ganz anders verhält es sich jedoch mit der unterspülten Werte-, Normen- und Einstellungsbasis jener Bevölkerungsteile, die sich, ohne öffentlich in Erscheinung zu treten, staatlichem Einfluß entwinden; sie können nicht „dingfest“ gemacht, sondern nur über allgemeine Strategien der Meinungsbildung angesprochen werden. Ob diese Ansprache beeinflussen, gar überzeugen kann, hängt wiederum davon ab, welche Informationen als glaubwürdiger gelten.

Was Glauben findet, wem Vertrauen geschenkt wird, hängt aber wiederum davon ab, auf welche vorangehenden Erfahrungen zurückgegriffen werden kann und welche Chancen man sich erhofft. Die Instrumentarien der Amnestie, des Verzichts auf besondere Verfolgungsmaßnahmen (wie z.B. des sog. „Radikalenerlasses“ u.ä.), lassen sich sowohl als „Schwachheiten“ auslegen, als eben auch als friedensstiftende Offerten an Personenkreise, die in Richtung „innere Kündigung“ **abdriften**. Keine Gesellschaft kommt

ohne derartige friedensstiftende Offerten aus (wobei es nicht unsere Aufgabe ist, Beispiele **vorzuschlagen**); ihr klug dosierter und strategisch richtiger Einsatz signalisiert in jedem Falle den auf der Scheidelinie zwischen parlamentarisch kanalisierter Opposition und Anti-Struktur Schwankenden, daß es offensichtlich möglich ist, innerhalb der bestehenden Strukturen erfolgreich wirken zu können.

Nur dort, wo staatliche Offerten fehlen und der „nie lernende, nie verzeihende und nie vergessende Rachestaat“ gefürchtet wird, finden Lernprozesse statt, die unweigerlich in Richtung Anti-Struktur laufen und das ideologische Material abgeben, das sich zur Rechtfertigung von Anti-Strukturen eignet. Erst dadurch werden veränderte Werte, Normen und Einstellungen beständig verfestigt und entsteht eine „Infrastruktur“, die ihre zugehörigen Anti-Strukturen legitimatorisch, materiell und personell unterstützt, wodurch die Anti-Strukturen überhaupt erst dauerhaft als gegenkulturelle Kristallisationskerne **lebensfähig** werden.

4. Auswertung der Gespräche und Interviews

Das folgende, auszugsweise wiedergegebene Gespräch mit einem Lehrer (Deutsch und Wirtschaftskunde / Politik) an einer Fachoberschule in Bremen ist u.E. geeignet, gewisse grundlegende Strukturen und zumindest einige der Prägekraft aufzuzeigen, die in Lernsituationen zwischen Staat und Bürger von Bedeutung sind:

(L) **Lehrer / (I) Interviewer**

(I) Sie haben mit Ihren Schülern über Atomenergie diskutiert. Hatten Sie den Eindruck, bestehende Meinungen noch beeinflussen zu können?

(L) Das kommt drauf an, wohin man beeinflussen will. Ich glaube, daß meine Schüler, vielleicht die jungen Leute heute ganz allgemein, sehr schnell mitkriegen, ob sie „belabert“ werden sollen. Mal ehrlich, ich bin selber gegen Atomkraft — soll ich denen was von Vorteilen vorlegen, an die ich nicht glaube?

(I) ... das war nicht die Frage, und darum geht es doch nicht ...

(L) ... doch, genau, darum geht's. Sie haben nach „Beeinflussen“ gefragt und ich versuche klar zu machen, daß die jungen Leute heute gewiefter sind, als ich z.B. in dem Alter war. Ich habe immer das Gefühl, als prüften die ab, worum es mir eigentlich geht. So schlau war ich in dem Alter nicht. Für mich war irgendwie klar, daß das, was die Lehrer oder die Eltern — also eigentlich alle Erwachsenen — so machten, gut und richtig war. Das läuft doch heute nicht mehr. Meine Schüler z.B. gucken ganz genau drauf, ob es um sie geht, oder um ein ehrliches Anliegen, oder ob ich z.B. irgendwie trickse, also ein Thema behandle, weil es im Lehrplan steht, oder eine Meinung sage, um nicht in die Bredouille zu kommen oder so ...

- (I) . . . halt, halt! Damit sagen Sie doch nur, daß man Ihnen anmerken kann, was Sie mögen oder denken bzw. nicht mögen oder nicht denken. Und die Schüler sind klug genug, das zu nutzen.
- (L) So kann man es sehen. Aber das meine ich nicht. Wir haben z.B. über Arbeitslosigkeit diskutiert und ich war naiv genug, Bildung und Mobilität als individuelle Möglichkeiten positiv darzustellen. Sagt ein Schüler: „Sie hörten den Herren von der Bundesanstalt für Arbeit“. Und dann kam aber alles: Rationalisierungsinvestitionen, Verdrängungswettbewerb durch die höher Gebildeten bei gleichzeitigem Lohnabbau und Qualitätsverlusten am Arbeitsplatz, Aussiedelung wenig qualifizierter Arbeitsplätze in Billiglohnländer und Umverteilung der Sozialkosten an die noch Arbeitenden. Fazit: Wer heute noch ehrlich lernt und arbeitet, ist **tendenziell** doof. Und so geht das eigentlich bei allen Themen. Versuche ich, konkret und genau zu bleiben, winken meine Schüler ab — nicht aus Desinteresse, sondern weil sie täglich sehen, wie Einzellösungen durch Lobbies oder was auch immer verhindert werden. Und reden wir dann übers Große, Ganze, endet alles schnell in Laberei. Beim Thema Umweltschutz war das ganz deutlich. Alle waren für ein sofortiges Einleitungsverbot von **Schadstoffen**, doch je genauer wir die Daten anschauten, **umso** klarer wurden die nationalen Einzelinteressen und die Notwendigkeit einer globalen Lösung. Aber da standen wir wieder da und wußten: wird nix. Also, es ist schwer, das klar und knapp zu sagen. Aber was ich immer wieder sehe ist, daß so was wie eine tiefe Hoffnungslosigkeit da ist. Die Schüler, das ist mein Gefühl, wissen irgendwie genau, daß alles so verfahren und kompliziert ist, daß im Detail alles egal und im Großen und Ganzen alles aussichtslos ist. Die glauben ja auch nicht mehr an so was wie die Revolution oder so, eher hoffen alle auf eine Art Erlösung, auf jemanden, der neue Töne anschlägt. Also, das, **glaub'** ich, ist auch die Faszination von Gorbatschow. Der erinnert mich sehr an Willy Brandt damals und das Mißtrauensvotum. Wir haben damals alle vor dem Fernseher gesessen und sogar geheult. Das ging nicht darum, ob der Mann wirklich besser war, aber wir haben an ihn geglaubt. Dieses „Mehr Demokratie wagen“, das war wirklich Hoffnung, genau wie bei Kennedy z.B. Das ist es, was ich sagen will. Die jungen Leute heute sind so **desillusioniert**, daß sie gar nicht mehr um eine Meinung ringen, weil sie wissen, daß auf ihre Meinung ja doch keiner Wert legt. Dieses Gefühl, alles ist scheißegal, fängt an, sich auf die Menschen zu übertragen. Irgendwie bekommen die mit, daß sie selbst, als Personen, auch scheißegal sind. Ob sie Arbeit haben oder nicht, egal. Ob sie für oder gegen Kernkraft sind, egal. Ob sie lernen oder nicht, egal. Ob sie verrecken, an Schadstoffen in Lebensmitteln oder an Strahlung, egal. Deswegen wundert's mich auch nicht, wenn niemand mehr diskutieren will — es nützt doch **eh'** nichts. Da ist es doch viel angenehmer, man zieht sich zurück und versucht, es sich so angenehm wie möglich zu machen oder soviel wie möglich für sich selbst rauszuschlagen. Das ist es: die meisten langweilen sich zu Tode, fühlen sich überflüssig

und finden alles nur noch zum Kotzen. Deswegen wollen sie ihre Ruhe haben, aber heimlich, trotz aller Coolness, jemanden, der sagt: „Du bist mir nicht egal.“ Deswegen gehen die zu Bhagwan oder zur Frauengruppe oder in eine x-beliebige Initiative, weil sie dort nicht überflüssig sind, sondern das Gefühl haben, gebraucht zu werden.

- (I) Ich verstehe, was Sie mit dem „**Egal-Gefühl**“ meinen, aber so ganz glaube ich das nicht. Gerade die verschiedenen „Anti-Bewegungen“ beweisen doch, daß es den Leuten keineswegs egal ist, was passiert. Dort zeigt sich ein riesiges Potential an Engagement, das die Dinge im Kleinen wie im Großen verändern will.
- (L) Das sehe ich anders. In den Anti-Bewegungen engagieren sich doch Generationen, die ungefähr in unserem Alter sind und im Grunde nicht jünger als 20, 25. Meine Schüler gehen dort längst nicht mehr hin. Für die sind doch auch die Grünen schon alte Daddels. Die halbwegs engagierten gehören zu den „Autonomen“; die wollen ihre Action, keine langatmigen weltanschaulichen Ableitungen. Und, vor allem, denen ist es egal, was danach kommt, also, die haben keine positive Utopie. Nee, nee, ich stehe dazu: die, sagen wir mal, nach 1970 Geborenen sind so, wie ich es beschrieben habe. Ich glaube, daß hier Generationen nachwachsen, die sich nicht mehr umsonst engagieren werden — so wie wir damals, im Sport, oder bei der Feuerwehr. Die fragen nur noch, was es „bringt“ — sonst machen die keinen Finger mehr krumm . . .
- (I) Aber ist da nicht ein Widerspruch? Auf der einen Seite sagen Sie, daß die Nach-70er Generationen sich nicht mehr im idealistischen Sinne engagieren, andererseits aber haben Sie selbst auf die Suche nach **gruppenhafter** Geborgenheit und Anerkennung hingewiesen.
- (L) Also, ich bin kein Statistiker, der genaue Zahlen hat, aber was ich so mitkriege, ist, daß die Jüngeren sehr wohl trennen zwischen Action und Gruppengefühlen, so „**Wir-Erlebnissen**“ einerseits und dem mehr intellektuellen, diskussionsmäßigen, auch schulungsmäßigen Anspruch von Initiativen andererseits. Also, genau das, was ich vorhin meinte, wenn meine Schüler die Detail-Diskussion verweigern, weil das nach ihrer Meinung sowieso alles nichts bringt, das wirkt sich auch in den Bürgerinitiativen aus — das heißt aber nicht, daß der Wunsch fehlt, wirklich wichtige Sachen anders haben zu wollen. Also, ich glaube, wenn heute jemand mal fragte, wollt ich Gen-Technologie oder nicht. Und dann sowas stattfinden könnte wie 'ne Aufklärungskampagne, in der jeder seine Meinung einbringen könnte, das **wär'** was. Ich glaube, da wär'n alle Feuer und Flamme. Manchmal denke ich, es fehlt sowas, wie **Martin** Luther Kings „I **have a dream** . . .“, und der dann zum Mitträumen einlädt . . .

Im exemplarischen Sinne verdeutlichte das Gespräch mit dem Lehrer gewisse Mechanismen, die zur Ausbildung von Einstellungen und Haltungen grundlegend sind. Auch wenn man die kausalen Verknüpfungen und Erklärungsversuche dieses Lehrers nicht teilen mag, so bleiben dennoch einige nachdenkenswertes Hinweise übrig, von denen aus die Fragestellungen

des Forschungsprojekts, insbesondere die nach „Vertrauensbildung“ und „Vertrauensverlusten“, in neuem Licht erscheinen. Uns schienen vor allem die Verweise auf generative und qualitative Veränderungen hilfreich, weil sie dazu beitragen, eine bei **Akzeptanzstudien** häufig anzutreffende „finale“ Orientierung zu überwinden: Es kommt nämlich nicht allein darauf an, Einstellungen zu einem bestimmten Merkmal (einem Produkt, einer Technik, einer Person etc.) zu erheben und in seiner momentanen Verteilung zu qualifizieren, sondern diese Verteilungen in ihrer Entwicklung und der Art und der Geschwindigkeit ihrer Richtung und Richtungsänderung zu bestimmen.

Zu warnen wäre also vor der Kurzatmigkeit von **Akzeptanz-Momentaufnahmen** und einem darauf fußenden Aktionismus! Vielmehr bedarf es einer systematischen, langfristigen Daueranalyse, um nicht den Verlockungen einer tagespolitischen **Affekt-Instrumentalisierung** (z.B. nach dem Geiseldrama von Gladbeck) zu verfallen und darüber bereits neue Nahrung für langfristige und **unterflorige** Einstellungsänderungen auszustreuen.

Das Gespräch mit dem Lehrer ist deswegen so aufschlußreich, weil seine **Stichworte** eine Reihe wesentlicher Elemente jenes Fermentsystems benannten, das langfristige Einstellungen und Haltungen ausgärt. Hier wäre zum zweiten Male zu warnen: Stärker als je zuvor scheint das soziale Verhalten von Ungleichzeitigkeiten und von dem Auseinanderfall von Erscheinung und Essenz bestimmt zu sein. Dies klingt kryptisch dunkel, findet sich aber zwischen den Zeilen dessen, was den Lehrer sorgt. Ganz offensichtlich ist er mit grundlegenden Verschiebungsleistungen konfrontiert, die auch ihm nicht ohne Mühe erklärlich werden: Immerhin stellt er fest, daß seine Schüler allesamt über ein potentielles, sozusagen ein frei **flottierendes** Engagement verfügen, aber zu verunsichert, zu verzagt und zu enttäuscht sind, um sich sicher genug zu fühlen, es auch praktisch werden zu lassen. Man stilisiert sich — in Mode, in Musik, in Performance (**Coolness**); man schließt sich, ohne langfristig durchzuhalten, anderen Menschen und Gruppen an, ohne jedoch zu finden, was man erhofft. Das „**Egal-Gefühl**“ besitzt eine untergründige **Destruktivität**, die von kurzfristigen Einbindungen und Erfolgserlebnissen nicht kompensiert oder gar überwunden werden kann. So wie die Schüler erscheinen (**wollen**), sind sie nicht, und wenn sie so wären wie sie (noch) sind, müßten sie schier verzweifeln.

Eine zweite Sequenz des Gesprächs mit dem Lehrer, auf „Vertrauen“ zielend, zeigt das Problem von Ungleichzeitigkeit und untergründiger Destruktion von einer anderen Seite her:

- (L) Also, ich glaube, daß die Frage nach dem Vertrauen in staatliche Institutionen und Organe vor allem davon geprägt wird, ob man schon früh, als Kind, Vertrauen zu seinen Eltern lernt und, also, das ist mei-

ne ganz persönliche Philosophie, ob und wie lange dieses Vertrauen ungestört bleibt. Das klingt jetzt vielleicht verrückt, aber ich meine damit folgendes: Ich habe z.B. noch mit Sieben an den Weihnachtsmann geglaubt und habe wochenlang geheult, als ich mitbekam, daß es den nicht gibt und daß mich meine Eltern damit an der Nase herumgeführt **hatten**. Das hab' ich denen Jahre übel **genommen**. Das andere Beispiel ist meine Oma; die hat mich nie, wirklich: **Nie!**, **belogen** oder reingelegt; Ich konnte die fragen, was ich wollte, ich hab von der immer eine ehrliche Antwort **bekommen**, und wenn sie mal was nicht sagen wollte, dann hat sie das so erklärt, daß ich es raffen konnte. Zum Beispiel **hab'** ich sie gefragt, was mit meinen Eltern los sei, das war damals vor der Scheidung, und sie hat ganz ruhig gesagt, daß die sich nicht mehr lieb haben und auseinandergehen wollen, aber daß sie noch zusammenbleiben, weil jeder mich so lieb hat . . . Naja, also das führt jetzt zu sehr ins Eingemachte — was ich sagen will ist, daß ich bis heute zu meiner Oma gehe und für die alles tue, weil wir uns wirklich vertrauen, daß ich aber meinen Eltern eigentlich nur das glaube, was ich nachprüfen kann. Wenn ich dann heute meine Schüler ansehe, **hab'** ich immer den Eindruck, daß es denen noch viel mehr so geht wie mir damals mit dem Weihnachtsmann: Die werden immer früher und immer doller enttäuscht. Manchmal **hab'** ich den Eindruck, daß die mit allen so umgehen wie ich mit meinen Eltern, also, daß man keinem trauen kann und besser alles nachprüfen sollte. Und weil man eben so gut wie nichts nachprüfen kann, fühlen sie sich dauernd und prinzipiell hinters Licht geführt. Das ist schon fast deren Lebenseinstellung!

- (I) Darf man Ihre Erfahrungen verallgemeinern? Ist es nicht vielmehr so, daß wir wirtschaftlich und sozial gesichert und — auch wenn ich Ihre Schule sehe — in Wohlstand und **Behütetheit** leben und unsere Kinder nie zuvor in so stabilen und verlässlichen Verhältnissen aufwachsen konnten, also viel größere Chancen zum Aufbau von Vertrauen bestehen?
- (L) Hören Sie auf! Das ist doch die alte Leier: Meine Kinder haben alles, ich weiß gar nicht was die noch wollen . . .
- (I) . . . na, das wird jetzt aber auch die alte Gegenleier: denen fehlt Liebe, inmitten der materiellen Herzenskälte ihrer Eltern und Mitmenschen . . .
- (L) . . . Und? Was ist daran falsch, außer daß es inzwischen wie ein Klischee klingt? Ich halte das mit Herzenskälte und Beziehungsmangel jedenfalls für richtig. Trotzdem wollte ich auf was andres raus. Ich hatte meiner Klasse für eine bestimmte Stunde einen Videofilm versprochen, mußte dann aber, wegen Terminabsprachen mit Kollegen, umdisponieren. Die Reaktionen der Schüler fand ich darauf völlig überzogen. Die waren total sauer. Ich **hab'** dann im Lehrerzimmer mit anderen darüber diskutiert; die hatten alle ähnliche Erfahrungen gemacht. Und als ich, lange danach, mit Schülern über sowas gesprochen habe, kam heraus, daß sie sich von allen so behandelt fühlen: Sie sind irgendwie Manövriermasse, die man nur bedient, wenn's in

den Kram paßt; die man aber nicht für so voll **nimmt**, daß man sich an Absprachen hält. Also, mein Eindruck ist, daß sich viele — ich **sag'** ja nicht: Alle — wie ein Knopf auf der Fernbedienung fühlen: wenn alle anderen Programme nichts taugen, kann man ja sie einschalten.

- (I) Nun gehen aber Bürger und Politiker nicht miteinander um wie Schüler und Lehrer oder Eltern und Kinder. Dort gibt es kein persönliches Vertrauensverhältnis und keine persönliche Erfahrung.
- (L) Aber es gibt genau dieses „Fernbedienungsgefühl“! Also, das ist es ja genau, was ich sagen will! Außerdem, in der Schule lernt man doch als erstes, was Vertrauen in fremde Menschen und in eine Institution bedeutet. Wenn Menschen über ihre Schulzeit reden, reden sie immer über Erfahrungen mit Lehrern; die haben das Bild von der Schule **geprägt**. Und glauben sie bloß nicht, die merken nicht, ob ein Lehrer bloß sein Pensum durchziehen will, oder ob es ihm um jeden einzelnen Schüler und dessen Fortkommen geht. Wenn die Schüler merken, daß hier jemand wirklich besorgt ist, sich kümmert, hilft, aber auch wenn einer das ausnutzen will, hart und trotzdem fair ist, dann klappt einfach alles. Ich weiß nicht genau, wie weit mir das gelingt, aber im Vergleich mit anderen Lehrern denke ich, daß man Schülern anmerken kann, ob sie einen am liebsten umbringen würden, oder ob sie einen menschlich akzeptieren. Für mich ist jedenfalls klar, daß diese ganzen Sachen, wie z.B. Randalieren, oder Sachen Zerstören, den Lehrern die Reifen **Zerstechen**, oder die Scheiben **Eindonnern** und so, viel damit zu tun hat. So ganz unterschwellig haben viele einen dermaßen Haß, das glaubt man gar nicht. Und irgendwo kommt der raus — man weiß eben nur nie genau, wo und wann.
- (I) Trotzdem bleibe ich dabei. Die Erfahrungen mit Lehrern mögen das Bild von der Schule prägen, und tatsächlich macht ja jeder hier persönliche Erfahrungen. Aber wer macht denn persönliche Erfahrungen mit Politikern? Wie soll und kann man überhaupt in das **Abstraktum** „Politik“ Vertrauen haben?
- (L) Das **seh'** ich nicht so. Wir haben im Politikunterricht öfters darüber diskutiert, z.B. die Flick-Spenden-Affäre und die Rolle von Lambsdorff, oder die **Barschel-Affäre** und eben auch die Sache mit **Tschernobyl**. Immer sind die Schüler zuerst danach gegangen, ob man dem oder der glauben kann. Also, z.B. beim Bundespräsidenten, dem glauben sie. Und sie glauben ihm, weil sie zum einen nichts gefunden haben, wo er gelogen hat, oder wo er sich schäbig benommen hat und weil sie zum anderen **sagen**, daß der wenigstens nicht immer die alten Phrasen drischt, sondern wirklich auf den Punkt kommt, auch wenn's unangenehm ist. Daß sich der Mann auch an die eigene Nase faßt und Leuten nicht immer nur das Bequeme durchgehen läßt, macht ihn einfach glaubwürdig. ... (denkt nach) ...

Das Analytische kommt eigentlich erst danach. Und ich glaube, daß dabei die meisten unterschätzt werden, bloß weil sie nichts sagen. AI-

so, wir haben mal über Arbeitslosigkeit diskutiert. Ich hatte als Arbeitsmaterial die Lehrstellen-Aktion des Bundeskanzlers genommen und gefragt, ob das nicht eine Initiative ist, die Arbeitsplätze schaffen hilft. Sagt ein Schüler: Klar bei den Medien! Propaganda schafft auch Arbeitsplätze . . . Was ich sagen will, ist, daß die Schüler schnell mit**krieg**en, um was es eigentlich geht. Das hat die auch bei Tschernobyl so geärgert. Ich hab' damals versucht, darüber ganz rational zu diskutieren, als eine Schülerin sagte, daß es doch überhaupt nicht darum ginge, wieviel Strahlung tatsächlich runterkommt oder um wieviel Promille das Krebsrisiko wächst, sondern einfach um diese widerliche Lüge, der man den Zweck schon auf Meilen ansieht. Sie könne jedenfalls keinem glauben, der noch vor jeder Messung und vor jeder gründlichen Untersuchung schon weiß, daß es nichts schadet. Also, was ich sagen wollte mit dem Beispiel, ist, daß auch hier geguckt wird, ob jemand glaubwürdig ist, und dann wird nach den Einzelheiten geguckt. Ich meine, was ich die ganze Zeit sagen will, also auch mir gegenüber, daß die Leute, so wie meine Schüler, ein ziemlich gutes Gespür dafür haben, was Sache ist, worum es geht und was bewirkt werden soll. Wenn sich da, um auf unser Anfangsthema zurückzukommen, ein Politiker hingestellt hätte und gesagt hätte, also, ich weiß nicht, wie gefährlich das ist, aber bis wir es genau wissen, rate ich allen, lieber vorsichtig zu sein. Und dann hätte er einen Experten vom Öko-Institut und einen von seiner eigenen Mafia bestellt, damit ein neutrales Meinungsbild rauskommt, ich glaube, den Mann hätten alle bewundert . . . (denkt nach) . . .

Was ich sagen will ist, daß die Generation, mit der ich es heute zu tun habe, eigentlich so richtig an nichts mehr glaubt, außer daran, daß jeder jeden übers Ohr haut, wenn es grade gut paßt und keiner guckt. Ich kann es auch höflicher sagen: Solche langfristigen Einstellungen, wie ich sie früher noch begebogen bekommen habe, so von „ehrlich währt am längsten“ oder „der deutsche Beamte ist unbestechlich“ und so, das glaubt doch heute niemand mehr. Ich habe immer das **Gefühl**, daß meine Schüler nicht mal mehr so ganz **glauben**, daß morgen wieder ein neuer Tag kommt. Auf der einen Seite verunsichert mich das; ich habe das Gefühl, daß ich genauso behandelt werde und ich mir das Vertrauen immer wieder neu verdienen muß. Auf der anderen Seite denke ich aber auch, daß das ganz vernünftig ist; vielleicht entsteht erst dann etwas Neues, wenn an überhaupt nichts Altes mehr geglaubt wird . . .

Auch wenn die Meinungsäußerungen der Befragten über subjektives Illustrationsmaterial nicht hinausgehen können, bergen sie dennoch heuristisch wertvolle Hinweise. Wichtig erscheint, daß die mit den Stichworten „staatliche Informationspolitik“, „**Akzeptanz**“ und „Vertrauen“ assoziierten Einstellungen und Einschätzungen vom emotionalen Hintergrund her wenig, aber vom rationalen Hintergrund her sehr stark differierten. Während die beiden „Autonomen“ rundheraus alles ablehnten, was „die Schweine“ (Szenekürzel für Staat, Bürokratie und Wirtschaft) **veranstal-**

ten, weil sie grundsätzlich das „Schweine-System“ ablehnen, lehnten der Lehrer, die beiden Abiturientinnen, die Mutter und der Initiativler weder die staatlichen Maßnahmen und Informationen insgesamt, noch „den“ Staat als solchen ab. Vielmehr dachten und handelten sie, wie es Arthur Salz (1930) einmal sagte, „abgeleitet“, d.h., sie befinden sich in einem **Umdenkungsprozeß**, den sie selbst wahrnehmen, der aber noch immer einem irrationalen Fundament aufruht, das bislang noch nicht wahrgenommen und als solches noch nicht in den Prozeß der Selbstreflexion heringeholt worden ist.

Diese, wie Salz es nannte, „irrationale Grundlage der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, oder, wie Joseph A. Schumpeter (1950) formulierte, ihr „vormodernes“ Potential, scheint darin zu bestehen, daß Menschen vor aller Ökonomie sozial weitaus komplexer funktionieren; die Begriffe dafür sind aber heute verarmt, man spricht dann von: menschlich, **affektuell**, irrational. Erst dort, wo dieses vormoderne Potential „modernisiert“, **ökonomisiert** werde, entwickle sich ein vollkommen anderer Mensch, einer, der mit sozialen Werten, wie z.B. Vertrauen, Glaube, Liebe, Hoffnung etc. nicht mehr operiere, sondern nur noch nach Kosten und Nutzen. Gewisse Charakterisierungen, wie sie im Gespräch mit dem Lehrer anklangen, deuteten derartige Entwicklungen an, doch hält die Wirklichkeit längst drastischere Beispiele parat. Den Generalnenner hat der Lehrer jedoch angesprochen: Überall dort, wo Menschen (in seinem Falle: Schüler) erfahren, daß sie zum Appendix (der Stoffbewältigung und der Lehrerkarriere) verkommen, daß es nicht mehr um sie als Person geht, da wird **Soziabilität** gekündigt, entstehen Menschen, die nur noch kalkulieren, wie sie einander am günstigsten vernutzen und wie sie mit geringstem Aufwand ihre Ziele erreichen. Mit den 1887er Begriffen von Ferdinand Tönnies: Historisch nachhaltig löst das „gesellschaftliche“ immer mehr das „gemeinschaftliche“ Handeln ab. Mit heutigen Begriffen: Kollektiv-rationale Institutionen werden durch **individual-rationale** „Trittbrettfahrer“ zuerst überlastet, sodann lächerlich, zuletzt ungläubhaft.

Vielleicht darf an dieser Stelle das Gladbecker Geiseldrama aus einer katastrophensoziologischen Perspektive benutzt und freilich dabei übersteigert werden (ohne dabei jedoch irgend einen schuldzuweisenden Bezug herstellen zu **wollen**). Man hat nach dem Tod von zwei Geiseln öffentlich darüber **raisonniert**, ob es die Beute wert war, auf diese Weise sichergestellt zu werden. Vom Anspruch her galt die Rettung der Geiseln, also die Bewahrung von Menschenleben, als das eindeutig höchste Rechtsgut; allein darum hätte es gehen müssen und dürfen. Tatsächlich aber ist in der Öffentlichkeit zunehmend der Eindruck entstanden, daß es genau darum nicht ging, sondern daß alle Beteiligten, ganz gleich an welcher Stelle der laufenden Ereignisse, nur darum bemüht waren, ihren egoistischen Motiven zu folgen. Es sei hier gleichgültig, ob dies objektiv so war, wichtig ist nur,

daß dieser Eindruck entstand und auf diesem Niveau öffentlich diskutiert worden ist. Auch wenn nachträglich die hehren Ansprüche von allen reklamiert werden, darf jedoch nicht übersehen werden, daß erst die stille Gemeinsamkeit **aller** Egoismen eine solche Inszenierung erst ermöglichte. Aus katastrophensoziologischer Sicht ist es daher unerheblich, wer mehr oder weniger „Schuld“ trägt. Vielmehr sind die **informationsverschlingenden** Konsumenten „schuld“, daß ihnen aufs härteste konkurrierende Journalisten wohlfeile Gruselware möglichst exklusiv servieren wollen. Die Journalisten sind „schuld“, weil sie auf der Jagd nach der millionenträchtigen Story völlig aus dem Blick verlieren, daß sie dabei die Arbeit der Polizei behindern und deren Strategie und Taktik durchkreuzen können. Die Polizei ist „schuld“, weil sie unter dem Blitzlichtgewitter veröffentlichter Sensationslust versäumt, allein den Auftrag zu verfolgen, statt zunehmend auf ihre öffentliche Wirksamkeit zu schießen und sich dem Rechtfertigungsdruck manipulierter Vorurteilsbildungen zu beugen. „Schuld“ sind schließlich auch die Politiker, weil sie, noch bevor wirklich sämtliche Fakten auf dem Tisch liegen, bereits im parteipolitischen Clinch gefangen sind und ordnungspolitische Reinwaschereien beginnen, die mit den tatsächlichen Abläufen nichts mehr gemein haben. Dies alles registriert die zuschauende Öffentlichkeit und fragt sich, um wen oder um was es eigentlich noch geht (vgl. Leicht 1988; DER SPIEGEL 35 / 1988: 88-94), und ob man selbst noch der Realität gerecht wird, wenn man ehrlich, anständig und korrekt bleibt.

Die Erosion kollektiver Werte, die zunehmende **Monetarisierung** und **Instrumentalisierung** des normativen „**Allgemein-Vermögens**“ führt zwangsläufig, wie es eine Titelgeschichte der Illustrierten „DER STERN“ (Sandmeyer 1988) formulierte, vom Heiligenschein zur Scheinheiligkeit: Allmählich wird entdeckt, daß nur noch die Dummen anständig sind, sich aber nach oben hin Verbrechen immer mehr lohnt. Längst weiß man, daß die Aufklärungsquoten im Bereich der Wirtschaftskriminalität gegen Null gehen, daß Bestechung und Steuerhinterziehung salonfähige Maßnahmen sind, Lebensmittelvergiftungen, Subventionsschwindel und Umwelterstörungen auf Kosten der Allgemeinheit und der Gesundheit der Menschen hohe Profite abwerfen und kaum Risiken bergen. Ganz langsam wächst ein Verständnis für Illegalität und Verbrechen heran, das **unterflorig** bereits **uneingestandene Komplizenschaften** begünstigt. Als Katastrophensoziologe, der sich um derartige mentale und psychische Adaptionen infolge und während Extremsituationen bekümmert, kann man nur prognostizieren, daß alsbald die Grenzen zwischen Recht und Unrecht so weit verschwimmen, daß das Gewaltmonopol des Staates selbst zur Disposition steht. So viel Polizei kann es jedoch nicht geben, wie nötig wäre, wenn erst einmal die vornormative Grundlage des Normativen zerstört ist. Anders ausgedrückt: Jede Norm ist nur gültig und lebensfähig, wenn die auch in jedem Gesellschaftsmitglied selbst gültig und lebendig ist. Das Recht selbst be-

darf der Rechtschaffenheit der Menschen, um existieren zu können; diese Rechtschaffenheit ist die vornormative Grundlage, auf der abstrakte, formale Rechtssysteme überhaupt erst wirksam werden können. Und geradewegs hier setzt die Befürchtung an, daß aufgrund der oben exemplarisch beschriebenen Prozesse die vornormative Disposition allmählich zersetzt wird.

Der Fall „Tschernobyl“ hat diese Tendenz gleichfalls ins öffentliche Bewußtsein gehoben — höchstwahrscheinlich schlugen deswegen die Wellen der Empörung so hoch. Überall herrschte der Eindruck vor, daß es überhaupt nicht um die Sache, ihre wirklichen Folgen und die beste Hilfe für Betroffene ging, sondern nur um politische Programme (gleich welcher Farbe), Firmeninteressen, Karrieren und Einschaltquoten.

Eine als gewollt apodiktisch erkennbare, sodann aber in ihrer Schärfe nicht haltbare Entwarnung kann Vertrauen nachhaltig zerstören, obgleich sie selbst nach Jahr und Tag vergessen worden sein mag. In diesem Sinne war es ein nachhaltiger Beeinflussungsfehler, daß seitens des Bundesinnenministeriums eine Form der „Entwarnung“ versucht wurde, noch bevor sich das Potential des Drohenden für Warnungen ganz erschlossen hatte. Wie ernst dieses Potential von breiten Kreisen der Bevölkerung eingeschätzt wurde, läßt sich auch daran erkennen, daß selbst liberale und gewöhnlich sorgsam abwägende Blätter wie die Hamburger „Zeit“ äußerst massive und frontale Angriffe auf den zuständigen Fachminister zuließen:

Das Vertrauen ist dahin, seit sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nur Stunden nach dem **Tschernobyl-GAU** zu der Behauptung verstieg, eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung sei „ausgeschlossen“, und sich später staatliche Stellen in Bund und Ländern mit einander widersprechenden **Becquerelwerten** in Boden und Nahrung bombardierten. „Der Bürger zweifelt alle Meßergebnisse staatlicher Stellen an — zur Zeit noch zu Recht“, meint Eckhard Krüger vom privaten und gemeinnützigen Umweltinstitut in München (Büschemann 1987: 36).

Dennoch zeigten die Gespräche auch, daß es um mehr ging, als nur um die Verfolgung rationaler, interessen- und **einflußgruppengepprägter** Egoismen. Es ging auch um die Strukturierung und (**Selbst-)Inszenierung** individueller „**Betroffenheits-Befindlichkeit**“, also um die Verknüpfung der Ereignisse mit „**vor-monetären**“ Momenten. Ganz offensichtlich erlaubte es ein Ereignis wie Tschernobyl, sich aus den Relements kontrollierter, rational kalkulierter Beherrschtheit zu entlassen und ungehemmt affektiv sein zu dürfen, ohne daß dies von anderen so klar durchschaut werden kann. Die völlige Ambivalenz von Handlungen, die die eigenen Kinder zur prima causa und ultima ratio des eigenen Handelns nimmt, läßt nicht erkennen, ob es wirklich um die elterliche Sorge, um die Sicherung der Zukunft für die kommende Generation geht, oder um eine subtile Regression, die sich hinter den eigenen Kindern versteckt, um einmal so richtig

„Randale“ machen zu können. Eine kleine Gesprächsszene mit der bereits zitierten Mutter mag dies verdeutlichen:

- (I) **Interviewer** / (M) Mutter
- (I) **Ihr** habt Eure Kinder demonstrieren lassen. Wußten die eigentlich, worum es geht?
- (M) Was soll das denn? Natürlich wissen die, daß sie nicht in die Sandkisten dürfen, daß sie keine Milch mehr trinken dürfen, keine Äpfel essen, keinen Salat ...
- (I) ... ja, sie wissen, daß sie das nicht dürfen, aber wissen sie, warum und gegen was sie demonstrieren sollen?
- (M) Also unsere Kinder sind doch die wirklich Betroffenen, die müssen doch jetzt ihr ganzes Leben unter der Strahlenbelastung leiden ...
- (I) ... ach, Du nicht? Wieso schiebst Du Dein Kind vor Dir her? ...
- (M) ... Spinnst Du ...
- (I) ... Moment, Moment! Laß mich ausreden: Ich will Dich nicht anmachen. Aber was ich nicht verstehe ist, daß Du ...
- (M) ... wenn Du Kinder hättest, wüßtest Du's ...
- (I) ... daß Du ganz als gute Mutter agierst und die Demo unter dem Motto lief: Schaut her, für unsere Kinder tun wir alles ...
- (M) ... Immerhin, das haben die Leute verstanden. Plötzlich haben alle begriffen, worum es geht und daß hier nicht bloß wieder die Anti-Atom-Leute gegen **AKWs** demonstrieren. Das hat auch der Senat begriffen, denn plötzlich war'n die bereit, den Sand aus den Kisten auszutauschen.

Auch wenn man abermals die Antworten nicht überfolgern sollte, zeigen sich dennoch einige interessante und aufschlußreiche Implikationen. Daß der Einsatz der Kinder vor allem symbolischen, emotional angereicherten Wert hatte, wußten die Beteiligten auf beiden Seiten: Die Demonstranten wollten mittels ihrer Kinder bestimmte Emotionen erzeugen und in der Öffentlichkeit das Image des „normalen“ Atomkraftgegners vermeiden. Der Senat erkannte diese Wirkung und reagierte, indem er als Sofortmaßnahme den Sand in öffentlichen Spielplätzen austauschen ließ, auf der gleichen symbolischen **Ebene**: Er nahm das Vorgeschobene zum Eigentlichen und konnte sich so auf eine Sandkastenaktion beschränken. Da es der Sache nach aber nicht um den Sandkasten ging, prüfte auch niemand ernsthaft, ob der neue Sand auch wirklich aus **unverstrahlten** Quellen stammte, und der Senat versuchte gar nicht erst, eine einfache Dampfstrahlprüfung schmackhaft zu machen, mit der die möglicherweise strahlenden Partikel hätten weggespült werden können.

Die Bedeutung des symbolischen **Austauschs** darf gerade in emotional aufgeladenen Situationen nicht unterschätzt werden, und es erscheint im Interesse angewandter Politikberatung eminent wichtig, hierauf näher **einzu-**

gehen: Ganz offensichtlich reagierte der Bremer Senat situativ adäquat, indem er die symbolische, auf öffentliche Wirkung zielende Seite ohne Einschränkung akzeptierte. Die Demonstranten waren dadurch Opfer ihrer eigenen Symbolik geworden, während der Senat von politischem Zugzwang befreit war. Für einen Moment war dadurch **Akzeptanz** bei den Demonstranten und in der zuschauenden Öffentlichkeit hergestellt, doch liebten die längerfristigen Folgen nicht auf sich warten.

Sehr schnell begriffen nämlich die Demonstranten, daß der von ihnen **instrumentalisierte** Symbolgehalt zwar insofern erfolgreich gewirkt hatte, als sich die Öffentlichkeit uneingeschränkt damit identifizierte und so der notwendige politische Druck entstand, der vom Senat ernst genommen wurde. Doch war man gerade nicht als Gegner einer bestimmten Energiepolitik und als Warner vor Atomgefahren ernst genommen worden, sondern zuvörderst als fürsorgliche Eltern, die ihren Kindern gesundheitliche Gefährdungen ersparen wollen. Indem der Senat auf genau diesen Aspekt reagierte, befriedigte er die Erwartungen einer beobachtenden Öffentlichkeit und sicherte sich deren Akzeptanz, ohne grundsätzlich gegenüber Atomgefahren Stellung nehmen zu müssen.

Kurzfristig fühlten sich Demonstranten, Öffentlichkeit und Politik befriedigt, doch zeigten sich alsbald untergründige Frustrationen. Als dem politischen Teil der Demonstranten bewußt wurde, daß aufgrund der eigenen Symbolwahl die eigentlichen politischen Ziele unterminiert worden waren, reagierte man mit unangemessen heftigen Anwürfen gegen den Senat, so daß, auch aufgrund dessen Gegenreaktionen, Lernprozesse befördert wurden, die letztlich in unversöhnliche Konfrontation münden. Symbolische Verschiebung kann also, wenn eingeübt, die ursprünglichen Bedürfnisse zuerst vernachlässigen lassen, und — kehrt man zu ihnen zurück — sie ebenfalls dem Zwielight des „**Vorwandes**“ aussetzen, insgesamt also jedes fruchtbare Wechselspiel von Maßnahme und kritischer Akzeptanz verhindern.

Dabei wäre Besseres möglich gewesen: Man hätte, wäre es den Verantwortlichen um mehr gegangen als um ein kurzfristig cleveres Agieren und ein gutes **mediales** Aussehen, den äquivalenten symbolischen Einstieg richtig deuten und sodann langfristig ummünzen können. Richtig deuten heißt, die immanenten Signale verstehen. Es ging den Demonstranten, anders als den „Autonomen“, nicht darum, staatszerschlagend zu wirken, sondern sie wollten zeigen, daß sie für andere, für ihre Kinder agieren, also im ursprünglichen Sinne fürsorglich und humanitär handeln; sie wollten zeigen, daß sie optimistisch sind, weil sie für ihre Kinder eine bessere Welt erhoffen und dafür eintreten; sie wollten zeigen, daß sie kooperationswillig sind, sonst wären sie nicht auf das Anerbieten des Senats zum Sandaustausch eingegangen, sondern hätten unerreichbar hohe Forderungen gestellt („sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie“).

Politisch wären diese Gutwilligkeiten umzumünzen gewesen, hätte man sie als Chance zur positiven Weichenstellung verstanden. Man hätte die Demonstranten bitten können, Delegierte zu wählen, die, zusammen mit Experten des Senats und der **Strahlenmeßstelle** der Universität Bremen, nach weiteren Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und des Schutzes suchen, Messungen überwachen und in den Organen der Bürgerinitiativen veröffentlichen etc. Ganz gleich, was im einzelnen veranlaßt worden wäre, es hätte, auf mittlere und längere Frist angelegt, zu Formen der politischen Integration und **Partizipation** führen können, durch die sich die Demonstranten hätten ernst genommen fühlen können und, wichtiger noch, als akzeptierte Partner und politische Einflußgröße. Statt dessen wurde der symbolische Ersteinstieg nicht langfristig genutzt, sondern vielmehr nur der erste Erfolg genossen, um anschließend negative Erfahrungen dominieren zu lassen, durch die sich Bürger vom Staat fort- und anderen Kräften in die Arme getrieben fühlten.

Man sollte, dahin geht unsere Empfehlung, derartige Chancen ernster nehmen. In allen Fällen, in denen Bürger ihren Kopf aus der Deckung — sprich: aus der Anonymität — nehmen, signalisieren sie nicht primär „Feindschaft“, sondern Unzufriedenheit. Schaut man nicht völlig borniert zu, so erkennt man den rationalen und berechtigten Kern in jeder derartigen Äußerung. Immerhin bedarf es einer gehörigen Portion Engagements und motivierender Antriebsenergie, den bequemen Weg zu verlassen und sich in Formen des Protestes, der Demonstration o.a. zu artikulieren. Auch wenn es manche Demonstranten oder Politiker aus momentanaktischen oder gefühlsbewährten Gründen nicht hören wollen: Immer birgt diese Drohgebärde ein kooperatives Angebot, eine Offerte, die mit der eines Selbstmordversuches insofern zu vergleichen wäre, als die Selbsttötungsabsicht nur die Drohung ist, mit der einem letzten Hilferuf besonderer Nachdruck verliehen werden soll. Für die „normalen“ Bürger — also jene, die gerade keine „Initiativ-Professionellen“ sind wie z.B., wer in Lingen spontan gegen das verstrahlte Molkepulver demonstrierte — bedeutet es eine ungeheure Überwindung, ins Rampenlicht zu treten und öffentlich ein „politischer Jemand“ zu werden, weil sie wissen, daß sie damit eine Drohung darstellen, die sich außerhalb der „normalen“ Wege politischer Willensbildung bewegt. Diese Drohung stellt, ähnlich der des potentiellen Selbstmörders, die Kehrseite eines Hilferufes an den Staat dar: Nimm uns endlich in unserer Unzufriedenheit ernst, sonst sehen wir uns gezwungen, gegen Dich, Vater Staat, rebellisch zu werden ...

Man sollte diesen Gedanken bis ans Ende verfolgen: Die Grünen sind auf diese Weise entstanden, und sie haben nicht mit der offenen Rebellion gedroht, sondern mit dem Kampf um Mehrheiten. Diese Kampfansage mußten die sog. etablierten Parteien annehmen — es ging schließlich um ihren Wähler-Markt. Vom Standpunkt einer gesamtstaatlichen **Integrativpflicht**

her war diese Kampfansage und -aufnahme jedoch unzureichend, nicht **problemäquivalent**. Die Grünen schließlich zirkulierten millionenfache Unzufriedenheit ins Parlament zurück und verschafften damit eine gehörige Verschnaufpause auf dem Weg zur Lösung jener Probleme, die ihre Wähler unzufrieden gemacht hatten.

4.1. *Vertrauen und Vertrauensverlust*

Der Begriff „Vertrauen“ erwies sich weitgehend als **unreflektierte** Kategorie. Obgleich als politischer Schlüsselbegriff benutzt, deuteten die gleichzeitig und synonym verwendeten Begriffe darauf hin, daß er eher eine scheinbar handhabbare „**black box**“ darstellt und weniger ein fest umrissenes, mit definierten Bedeutungen gefülltes Konzept (vgl. Frage 4a).

Immerhin vier der Befragten unternahmen den Versuch, die Kategorie „Vertrauen“ grundsätzlich in Frage zu stellen und aus dem Kontext gesellschaftlicher Veränderung neue Explikationen abzuleiten. So hielt z.B. der Bundestagsabgeordnete Norbert Gansei (SPD) das „Gerede vom Vertrauensverlust“ für „völlig **fiktional**“ — und wollte darüber nicht reden: „Da gibt es doch weiß Gott Wichtigeres“. Im übrigen machte er geltend, „grundsätzlich keine wissenschaftlichen Befragungen zu bedienen“, da er sonst überhaupt nicht mehr seinen eigentlichen Aufgaben nachkommen könne. Dennoch ergab sich ein Gespräch, wenngleich unter ungewöhnlichen Bedingungen: in einer Bonner Kneipe, beim Bier und im Stehen. Das zweite, vollkommen vom Interviewleitfaden gelöste Interview gab der Abgeordnete Michael Müller (SPD, Düsseldorf), der ebenfalls das Konzept „Vertrauen“ für völlig inadäquat hielt und meinte, daß die Formen der politischen Regulierung historisch weit hinter den realen Lebensbedingungen herhinken. Auch der Abgeordnete Hubert **Kleinert** (Die GRÜNEN) mochte sich nicht an die engen Grenzen des Leitfadens halten; für ihn ist „Vertrauen in der Politik nicht die richtige Kategorie“, statt dessen möchte er lieber über den Wandel sprechen, den er „Demokratisierung des Alltags“ nennt und über die Techniken „symbolischer Steuerung“. Ein vierter Befragter schließlich, ein Mitglied der Jungen Union Bremen, hob vor allem das Problem der veröffentlichten Information hervor, der „Null-Information“ und die **Abgelöstheit** der Bonner Politik („Raumschiff Bonn“) von den Belangen der Länder oder gar der Kommunen.

Ansonsten wurde der Begriff „Vertrauen“ sehr vage gehalten und vorrangig jenen zugeordnet, die aufgrund ihrer Inkompetenz und Unwissenheit aus der Welt der Sachentscheidungen ausgekoppelt worden sind: Wer nichts weiß, muß eben vertrauen.

Den meisten Befragten **fiel nicht auf**, daß dem ein Menschenbild zugrunde liegt, das **schlichtweg** vordemokratisch ist und ohne korrespondierende autokratische, **paternale** Kategorien nicht auskommt. Zutreffend **rekurrier-**

ten die Befragten auf personale, charakterliche Eigenschaften (insbes. bei Frage 5) und nannten „Verantwortung“ als angemessene Haltung, die dem Vertrauen der vertrauenden Masse zu schulden sei. Folgerichtig handelt es sich bei diesen Befragten auch nicht darum, strukturelle Veränderungen herbeizuführen und nach neuen Formen der demokratischen Willensbildung zu suchen, sondern lediglich darum, individuelle Haltungen zu korrigieren (mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit).

Nach Tschernobyl, **Sandoz/Basel** und Transnuklear machte die Rede vom „Vertrauensverlust“ in neuer, verschärfte Form die Runde. Den Bürgern, so der weitgehend übereinstimmende Tenor der Medien, aber auch der Politiker selbst, sei das Vertrauen in Unternehmen und Behörden, in Wissenschaft und vor allem in „den“ Staat nun wohl endgültig erschüttert worden: „Die Politiker“, so Robert Leicht (Die Zeit Nr. 3 vom 15. Jan. 1988: 1) zum „**Transnuklear-Skandal**“, „hätten die Sache fest im Griff und hielten die Bürger vollständig auf dem laufenden — diese Annahme wird immer schütterer. Nach dem Brand im britischen Windscale wollten die Politiker, wie die Akten dreißig Jahre danach enthüllen, die Wahrheit nicht sagen. Nach Tschernobyl wußten sie nicht, wie sie die Wahrheit sagen sollten. Und nach Hanau weiß keiner, was die Wahrheit ist.“ Theo Sommer (Die Zeit Nr. 4 vom 22. Jan. 1988: 1) geißelte das Management: „Die Herren der Atomindustrie, die uns nun treuherzig versichern, das (eine deutsche Plutonium-Proliferation, L.C. / W.D.) sei ausgeschlossen, verdienen wenig Vertrauen; sie hielten ja auch für undenkbar, was an erwiesenen Durchstechereien inzwischen unbestritten ist: die Schmiergeldaffäre, die Falschdeklaration von Fässern, die Schlamperei bei der Lagerhaltung . . .“. Wolfgang Hoffman (Die Zeit Nr. 1 vom 1. Jan. 1988: 16) stellte denn auch eine „**Kernschmelze** des Vertrauens“ fest, einen „Verlust an Glaubwürdigkeit“, der sich, „wenn überhaupt — . . . nicht mit teuren **PR-Anzeigen** aus der Welt schaffen“ lassen wird, sondern nur mit harten Maßnahmen. **Bundesumweltminister** Töpfer folgte denn auch aus alledem: „Es muß tief geschnitten werden, wenn Vertrauen wiedergewonnen werden soll“ (Die Zeit Nr. 4 vom 22. Jan. 1988: 2).

Bevor man jedoch das Skalpell ansetzt, sollte man wissen, wie Vertrauen gewirkt ist, ob es überhaupt durch Schnitt-Operationen wiedergewonnen werden kann und wenn, wo und wie tief dabei anzusetzen ist. Eindeutig scheint nach dem Gesagten vorerst nur, daß Vertrauen und Glaubwürdigkeit eingebüßt wurden; weniger eindeutig aber sind die **Gründe**: Wodurch und in welchem Maße ist Vertrauen geschwunden, und was haben Vertrauen, Glaubwürdigkeit und all die anderen wertbezogenen Begriffe (wie z.B. Wahrheit, Ehrlichkeit) miteinander gemein? Gibt es anhand der empirischen Ereignisse Strukturelemente, aus denen sich eine weiterführende Antwort ableiten läßt? Oder gilt eher das, was Leser der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Nr. 8 vom 19. Feb. 1988: 40) zu den oben zitierten Artikeln

und den darin geäußerten Meinungen zum Ausdruck brachten und was zahlreiche Befragte ebenfalls — zumindest in Tendenzen — sagten?

Hartnäckig . . . versuchen beleidigte Intellektuelle, verlorenes Terrain zurückzuerobern, setzen alles daran, alte Macht, Herrlichkeit und Autorität wieder zu restaurieren. Dabei gehen sie keineswegs wählerisch vor: Panik- und Angstmache, Lüge, Betrug, Volksverdummung, Aktionsbündnisse mit Kommunisten, Chaoten und terroristischen Frontorganisationen, Subversion und Mißbrauch der beruflichen Autorität gehören zu ihren politischen Mitteln, die man nicht durchweg als lupenrein demokratisch bezeichnen kann (W. Bayha, Esslingen).

Im Aktionsbereich der **Nuklear-Mafia** wiederholen sich die gleichen Kriterien wie in der Nazizeit: Die Kategorie der Täter, teils mit ideologischen Scheuklappen, teils korrupt, die der Mittäter, aus Angst um die Karriere, vor Erpressung und aus Mangel an Information, die der Mitläufer, aus politischer **Opportunität** und Gleichgültigkeit. Und sollte nach einer Katastrophe noch die Möglichkeit dazu bestehen, würden wieder die gleichen Gründe zur Rechtfertigung angeführt, wie die seit 1945 hinlänglich bekannten (I. Koch, **Ahrweiler**).

Dieser (**ATOM**)-Staat ist nicht meine „geistige“ Heimat — er kann und darf sie auch nicht sein — wenn ich an unsere Vergangenheit denke. Die Gegenwart in **userem** Land deutet auf eine Zukunft der Vergangenheit hin, ein Leben im Überwachungsstaat! Erich **Kästner** sagte nach dem Zweiten Weltkrieg über den Polizei- und Überwachungsstaat folgenden Satz: „Die Ereignisse von 1933 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen, später war es zu spät.“ Wann ist die Uhr diesmal abgelaufen? (**W.-D.** Muswiesck, Barsinghausen)

. . . Die Mechanismen, die in der Atomindustrie wirken, sind ungeheuer mächtig. Ich sehe da eine Analogie zu der Zeit der Braunen Hemden. Leider ist das Verständnis dieser Mechanismen insgesamt auf sehr niedrigem Niveau. Wie damals. Aber unsere Politiker sollten es wissen, dazu fehlen ihnen Schlüsselergebnisse. Tschernobyl reicht nicht. Ich möchte fast sagen, daß in Europa noch ein GAU in einem schnellen Brüter passieren **müßte**, z.B. in Frankreich . . . (P. Neumann, Frankfurt am Main).

. . . Im Hinblick auf eine zukünftige Energieversorgung berauben wir uns aber durch den Verzicht (auf den schnellen Brüter in Kaikar, **W.D.**) der einzigen heute schon nachgewiesenen Technik für eine langfristige ressourcenschonende und ökologisch vertretbare Form der Energiegewinnung. Ihre vorweggenommene vollständige Verwerfung der Brütertechnik ist **unverantwortlich**. . . Ehe wir nicht nachgewiesen bessere Alternativen haben, dürfen wir die Kerntechnik und darin eingeschlossen die Brütertechnik nicht aufgeben. Wir sollten sie auch für unsere Kinder und Enkel verantwortlich ausbauen . . . Administrativ und sicherheitstechnisch gibt es keine unlösbaren Probleme, die gegen den Einsatz dieser Technik sprechen. Die derzeitige Kernenergieurteilung läßt sich nur ideologisch begründen (Dr. ing. P. **Royl**, **Stutensee-Friedrichstal**).

Daß die jetzt ruchbar gewordenen Bestechungsfälle Herrn **Joschka** Fischer in die politische Richtung passen, ist zwar verständlich. Wenn er aber kei-

ne anderen Argumente gegen die Nutzung der Kernkraft hat, halte ich seine Beweisführung für äußerst dünn. Der ganze wilde Aktionismus derzeit kommt mir so vor, als finge jemand an, hektisch einen dicken Ast nahrhafter Früchte **abzusägen**, weil er auf einer von diesen einige Schmeißfliegen entdeckt hat — wobei er dazu noch vergißt, daß er auf diesem Ast sitzt (Dr. G. Baum, Koblenz).

Schaut man genau hin, so läßt sich hier zwar die Struktur affektiver Reflexe entschlüsseln, aber nicht die Struktur der sie evozierenden Sachverhalte. Dieses Problem verweist auf die Vielschichtigkeit der „Vertrauensdimension“, aber auch darauf, daß Affekte und **Sachverhalte** in praxi nur als soziale, kulturell geformte Verschränkungen zutage treten und nicht in ihrer analytischen Zerlegtheit in einzeln betrachtbare Momente. Die politische Dimension dieses Zusammenhangs muß vollständig durchschaut werden, sofern vermieden werden soll, vorschnellen Beschwichtigungen auf der einen oder ebenso vorschnellem Aktionismus auf der anderen Seite aufzusitzen. Immerhin dürfte anhand der Leserbrief-Beispiele deutlich geworden sein, daß die einfachen Antworten zwar schnell innerhalb Gleichdenkender beruhigen (vgl. mit der eingang erwähnten **Dichotomisierungsstrategie**), aber langfristig keine Ruhe schaffen, weil nicht bis zum wirklichen Sachverhalt vorgestoßen wurde. Anhand eines Artikels, den Horst Bieber (1988: 3) zum Thema Transnuklear und Atommüll veröffentlichte, sei dieser Zusammenhang ausführlicher exemplifiziert:

Nach Tschernobyl konnten die bundesdeutschen Politiker die Lage noch einmal „stabilisieren“. Die Ernennung Walter Wallmanns zum Bundesminister für Reaktorsicherheit erfüllte insofern ihren Zweck. Sie signalisierte für eine Mehrheit der Bevölkerung das ernsthafte Bemühen Bonns, alles technisch und organisatorisch Mögliche zu tun . . . Faktisch wurde wenig verändert, aber psychologisch agierte Wallmann äußerst **geschickt** . . . Die Operation glückte: Die Ausstiegsdebatte führte nicht zu Machtwechsel und Anti-Kernkraft-Beschlüssen, freilich um den Preis, daß die Gegnerschaft unterschwellig wuchs . . . Klaus Töpfer . . . hat es jetzt weit schwerer . . . (er) kann nicht mehr — wie sich dies nach Tschernobyl anbot — auf **Verantwortungslosigkeit** jenseits der Grenzen verweisen. . . . Diesmal steht menschliches Fehlverhalten auf dem Prüfstand, jene besondere Zuverlässigkeit und Korrektheit, die das Atomgesetz aus vielen Gründen von allen verlangt, die mit Spaltmaterial umgehen.

In der Deutung Biebers erscheint die Errichtung des Bundesumweltministeriums als politisches Propagandamanöver, mit dem man vor allem bestehende Machtverhältnisse stabilisieren, aber an der Atompolitik nichts ändern und die Vollzugsdefizite des Atomgesetzes nicht beheben wollte. Auf der Symbolebene ist hier also völlig adäquat einem realen Problem entsprochen worden, doch versäumte man, entweder die Symbolgehalte so symbolisch zu gestalten, daß sie allein dadurch glaubhaft wurden (s.o.: ein Grüner als Minister), oder dem symbolischen „**Good-will**“ faktische **Integrativmaßnahmen** folgen zu lassen, die die Personen so gestattet hätten,

daß der Gewinn auf der Symbolebene durch reale Taten abgesichert werden konnte. So aber blieb die Einsetzung einer Person tatsächlich nur ein symbolischer Akt, der Emotionen band und Hoffnungen weckte, aber die Strukturelementen der Sachebene unberührt ließ. H. Bieber artikuliert diesen Zusammenhang, wenn er fragt:

Wie wirksam ist denn die staatliche Kontrolle, die angeblich die Sicherheit der zivilen Kernkraft garantiert? Vor allem aber stellt sich die Frage: Worin liegen die tieferen Gründe für jenen seltsamen Mülltourismus über die deutsch-belgische Grenze?

Die Antworten, die Bieber anführt, zeigen dann, daß er sich des Zusammenhangs von **Affektivem** und Sachlichem sehr bewußt ist:

Schon den Vätern des ersten Atomgesetzes von 1959 war bewußt, daß es eine lückenlose Kontrolle praktisch nicht geben kann. Es sind sogar Zweifel erlaubt, ob sie damals eine solche Überwachung überhaupt wünschten; ihr Glaube an die fortschrittsfördernde Wirkung der Kernkraft war noch ungebrochen.

Vergleicht man nunmehr die Affektebene mit der Sachebene, so zeigt sich, daß die mit „Vertrauen“ umschriebenen Phänomene nicht unbedingt mit den Abläufen auf der Sachebene gekoppelt sind. Man könnte es auch anders formulieren: Wer die sachlichen Strukturelemente durchschaut, ist nicht darauf **angewiesen**, Vertrauen zu haben. Er kann aufgrund der sachlichen Dynamik absehen, welche Entwicklung wahrscheinlich ist. Wer dagegen die Sachebene nicht überschaut, ist darauf angewiesen, denjenigen **Sach-Vermittlern** zu vertrauen, von denen er glaubt, daß sie die Sache richten werden. Friktionen treten dann dort auf, wo sich erweist, daß sich die sachliche Dynamik und die von Sach-Vermittlern dargestellte oder in Aussicht gestellte Dynamik der Sache nicht oder anders einstellt.

Allerdings, dies ist zu beachten, bedarf es oftmals erst historisch langfristiger Erfahrungen, um zukunftsoptimistische Hoffnungen praktisch zu erproben. Die Erprobungsphase des Automobils dauert in diesem Sinne noch immer an: Bis heute scheinen die Vorteile und die noch offenen Entwicklungspotentiale (z.B. Elektroauto oder Wasserstoffmotor) so groß, daß man weitgehend konsensual davon ausgeht, die Nachteile ertragen zu können, zu wollen oder zu müssen. Dagegen zeigt sich im Bereich der Atomkraft ein anderes Beurteilungsspektrum: „Dieser kriminelle Mülltourismus“, schreibt Horst Bieber weiter, „wäre so nie möglich, hätten wir die perfekte Entsorgung der Kernkraftwerke beizeiten **gesichert**“. und er führt weiter aus:

Doch jene Entsorgung, die auf dem Papier und in Plänen geregelt ist, existiert eben noch nicht in der Praxis. Die sichere und geregelte Beseitigung des atomaren Mülls aller **Strahlungs-** und Gefahrenstufen zählt zu den gesetzlichen Vorbedingungen der Kernkraftnutzung. Stärker als jede andere Phase des Spaltstoff-Kreislaufes verknüpft sie staatliches Handeln

und industrielle Aufgaben, Politik und Kommerz. Sich an diesem neuralgischen Punkt auf Pläne und Papier zu verlassen anstatt auf Beweise und Bewährung, erfordert Glaubwürdigkeit. Und die ist in den vergangenen Wochen zwischen **Hanau** und Mol und **Windscale** weiter verspielt worden. ... Alle drei Grundbedingungen der friedlichen Kernenergie-Nutzung sind inzwischen ins Zwielicht geraten: die Zuverlässigkeit des Personals, die Beteiligung der Bürger, die Schließung des Kreislaufs (Bieber 1988: 3).

Glaubwürdigkeit hat, folgt man dieser Argumentation, eine materielle, auf Beweise, Bewährung und Erfahrung gestützte, empirische Seite. Wartet man nur lange genug zu, so verifiziert sich Erfahrung fortwährend von neuem und erscheint als Beständigkeit, als Unwandelbarkeit, oder sie falsifiziert sich durch Rückschläge, Irrtümer, Scheitern. Dann wird einsichtig, daß überall dort, wo ins Ungewisse hin vorgedrungen wird, Vertrauen nötig ist, um glauben zu können, daß die bisherigen Erfahrungen auch für neue Versuche, neue Experimente und neue Wagnisse taugen. Schrittweise, aufgrund praktischen **Lernens**, darf dann Vertrauen schrumpfen und einem Wissen weichen: Die Empirie selbst ist eine Vertrauens- und wissensbildende Maßnahme. So wie erst nach einem runden Jahrhundert sichtbar wird, welche Gesamtfolgen z.B. das Automobil auf die gesellschaftliche, soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung hatte und noch hat, so wird auch erst bei anderen Entwicklungen nach langen praktischen Erfahrungen sichtbar, ob das Vertrauen des Anfangs gerechtfertigt war. So gesehen stellt „Vertrauensverlust“ auch einen Fortschritt dar, wenn nämlich der durch Erfahrung gebildete Wissens- und Kenntnisapparat die Verhältnisse des Handelns versachlicht, d.h. ihre sachliche Dynamik zu erkennen gibt, und damit dem Darstellungsmonopol solcher **Sach-Vermittler** entrißt, die nur von **Vertrauens-Vorschüssen** leben zu können glauben und im Krisenfall mit ihrer Informationspolitik einzig ihren Kreditrahmen auszuweiten versuchen; als ob mehr nicht nötig wäre.

4.2. *Information*

Unmittelbar nach Tschernobyl erschien im **Maya-Verlag**, München, eine satirische Zeitung: „Atom Bild“. Der darin enthaltene Zivilschutzbeitrag parodierte sowohl bestimmte, als „Informationskatastrophe“ umschriebene Erfahrungen, als auch das sich abzeichnende staatliche Bemühen, durch die Zentralisierung von Information zukünftigem informationellem Wirrwarr vorzubeugen:

Endlich! Zivilschutz richtig verstanden

Während seit Tschernobyl wieder heftig über den Schutz der Zivilbevölkerung gestritten wird, hat das Innenministerium in aller Ruhe seine Vorsorgepläne fertiggestellt.

Staatssekretär Spranger sprach bei der Vorlage von einem „radikalen Umdenken beim Zivilschutzgedanken. Die Bevölkerung müsse nicht vor den radioaktiven Strahlen geschützt werden, die sowieso gesundheitlich unbedenklich seien, sondern vor den unverantwortlichen Informationen nicht-staatlicher Stellen.

Deshalb sieht der Aktionsplan „Sauberer GAU“ vor, bei einem Reaktorstörfall alte Einwohner der

Bundesrepublik auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen zu versammeln.

Sprangen „Nach den Erfahrungen beim letzten unbedeutenden Störfall in Kiew muß unbedingt eine zentrale Befehlsstelle eingerichtet werden, die sicherstellt, daß die Bevölkerung nur noch Informationen aus dem Innenministerium in Bonn erhält. Altes, was der Bürger wissen muß, erfährt er dann über Lautsprecher, die an die Bonner Zentrale angeschlossen sind. Unverantwortliche Panikmacher wie der Deutsche Wetterdienst in Offenbach oder das Max-Planck-Institut in München haben dann keine Chance mehr.“

Quelle: „ATOM BILD“ 2 / 1986: 4

Obleich als Satire inszeniert, finden sich hier dennoch alle **Ingredienzien**, aus denen ein falsch reagierender, auf Obrigkeit kraft Verlautbarung fixierter Staat seine Vorstellung von „Information der Bevölkerung“ mixte. Ganz offensichtlich war man nicht in der Lage (vgl. Dammermann 1986: 70 f.), die Sorgen und Reaktionsweisen der Bevölkerung zu verstehen und die rationalen Kerngehalte ihrer Situation **nachzuvollziehen**. Die Medien agierten hier weit sensibler:

Durch rechtzeitige Information seitens der zuständigen Behörden hätten ... Schäden zum Teil vermieden werden können (zit. nach Hoffmann / Sontheimer 1986: 33).

Selbst Zeitschriften, die mit gänzlich anderen Sujets befaßt sind (vgl. DM Nr. 7 / 1986), fügten Sonderteile ein oder berichteten ausführlich über Folgen für den Markt und Verbraucher. Ganz besonders intensiv kümmerten sich jene Medien um Tschernobyl, die auf das Gewissen von Eltern abhoben: „Eltern“ (7 / 1986) brachte einen Sonderteil über Kinderernährung, über Gefährdungen im Freien, über mögliche Schäden bei Schwangeren. Die Auflagen waren zumeist sofort vergriffen; Nachdrucke waren erforderlich. Von verschiedenen Seiten sind derartige Medienreaktionen als **Geschäftemacherei** mit der Angst abgetan worden, doch gehört dies in die Kategorie „dumme Antwort auf kluge Frage“, wie sie sich bereits am Beispiel von Leserbriefen gezeigt hatte. Richtiger ist es vielmehr, nach dem

rationalen Kern dieser Medienaktivitäten zu suchen. Sie dürfte u.E. darin zu finden sein, daß hier einem echten Bedarf entsprochen wurde. Wohl zutreffend schrieb Karl-Heinz Büschemann (1987: 36 und 35):

Es gibt offensichtlich so viele Messungen, weil es viel Mißtrauen am Markt gibt und so wenig seriöse Informationen über Nahrungsmittel (36).

Statt die verängstigten Verbraucher sachlich darüber aufzuklären, inwieweit die nun unvermeidlichen **Cäsium-Nuklide** in unseren Lebensmitteln vorkommen und wie sich die Konsumenten sinnvoll verhalten können, ist aus der Branche, die zwar gesunde Vollwertkost und Müsliriegel hervorbringt (gemeint ist Unilever, d. Verf.), nicht viel zu hören, was dem Bürger als sachdienlicher Hinweis für vernünftige Ernährung nützen könnte (35).

Doch man hätte in einer solchen Situation von einer verantwortlich handelnden Regierung nicht nur zuverlässige Information erwartet, sondern auch eine ernsthafte Überwachung jener Kreise, die glaubten, mit verstrahlten Lebensmitteln schnelle Geschäfte machen zu können. Die zahllosen Gerüchte wie auch die zahllosen belegten Meldungen, nach denen verstrahlte Produkte umdeklariert und -frisiert worden sein sollen, sowie die unter der Hand gehandelten „Tips“, nach denen dieses oder jenes Produkt besonders viel verstrahlte Anteile enthalte, machten in beinahe allen Städten der Bundesrepublik die Runde und verunsicherten die Verbraucher. So überklebte beispielsweise ein Marmeladenanbieter seine schwach radioaktiven Importe aus der UdSSR mit unverdächtigen Etiketten (was ihm seitens aufgebrachter Verbraucher eine Strafanzeige wegen Vertuschung einbrachte, vgl. Büschemann 1987: 35), und der Marmeladen-Großhersteller **Schwartau** stellte gar eigene Meßgeräte auf, weil festgestellt worden war, daß verschiedene Zulieferer verstrahltes Obst mit weniger oder nicht verstrahlten Anteilen mischten. Haselnußkerne für Schokoladen-Nougat-Creme wurden sogar in zwei Qualitäten angeboten: Oberhalb 100 Becquerel gab es das Kilo 50 Pfennige billiger (vgl. Büschemann 1987: 36)

Als in Bremen ein strahlenbelasteter Fertigbrei aus dem Kinderernährungsprogramm der Firma Milupa auftauchte, reagierte ein Firmensprecher mit dem Satz: „Es tummeln sich viele auf dem Markt der Messungen“ (zit. nach Büschemann 1987: 36), womit ganz offensichtlich ausgedrückt werden sollte, daß nichts mehr zu fürchten sei, als all' die Wichtigtuer, die messen, wo nicht zu messen sei. Die Bevölkerung reagierte auf derartige Zynismen **durchaus**; sie dürften nachhaltiger über den Wert oder Unwert des menschlichen Lebens belehrt haben, als manchem PR-Chef aus der Lebensmittelbranche heute lieb sein kann. Der Staat war in dieser Situation gut beraten, sich gegen die von der EG angeregte Heraufsetzung der Grenzwerte auszusprechen, wengleich gerade die Grenzwertdiskussion verdeutlicht hat, daß die Interessen von starken Erzeuger- und Produzentengruppen durchsetzungsfähiger sind

als das Gemeinwohl und das Gebot, Risiken für die Volksgesundheit zu minimieren.

Es kann daher nicht verwundern, wenn die nach Tschernobyl veröffentlichten Informationen entlang einer Glaubwürdigkeitsskala beurteilt wurden, die nach der furchtbarsten Meldung geeicht war: Als glaubwürdig galt, wer die höchsten Belastungswerte und die größten Schadenswirkungen offerierte. Jeder, der niedrigere Werte oder geringere Folgen veröffentlichte, galt folgerichtig als Abwiegler und Verharmloser. Die simplifizierende Fatalität des Kinderreims: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht“, entwickelte sich zur Handlungsmaxime. Der Staat hatte seine Glaubwürdigkeit verspielt und jede Meldung, mit der er versuchte, verlorenes Terrain zurückzugewinnen, unterlag dem Verdacht, nur eine neue Lüge zu sein, mit der die alte abgemildert werden sollte.

Die Befragten schätzen die Situation überwiegend auf diese Weise ein. Übereinstimmend berichteten sie, daß sie sich zwei Einflüssen ausgesetzt sahen, die intellektuell und emotional konfliktreich erfahren wurden. Einerseits wurde bemerkt, daß verschiedene Interessengruppen Tschernobyl aufzbauschen und auszuschlachten versuchten, andererseits aber fehlte eine Instanz, die als ein „ehrlicher Makler“ auftrat und objektive Informationen bereitstellte. Hier, so die Ansicht der Befragten, habe der Staat völlig versagt, sei selbst Partei geworden, der man das Interesse am Abwiegen nur allzu deutlich angemerkt habe.

An dieser Stelle wird es nunmehr wichtig, dem Fehler zu entgehen, daß man glaubt, mit Hilfe besonders reputierlicher Persönlichkeiten oder hoch angesehener Institutionen könnte verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewonnen werden. Viel eher wird dadurch das Gegenteil bewirkt und „gutes Geld dem schlechten nachgeworfen“; wenn nicht zugleich den so Engespannten ein Handlungs- und Kompetenzspielraum eingeräumt wird, der sie befähigt, den durch sie bewirkten symbolischen Kredit mit Hilfe faktischer **integrativer** Maßnahmen zu sichern, so bricht die Reputation und das Ansehen der beanspruchten Persönlichkeit sogleich zusammen. Genau dies wird im übrigen auch befürchtet! Wie im Falle der Errichtung des **Bundesumweltministeriums** käme es in derartigen Fällen darauf an, gerade nicht innerhalb des eigenen Handlungsrahmens zu verbleiben (d.h. Behörden schaffen Behörden; Posten generieren Posten etc.), sondern in den „gegnerischen“ Handlungsrahmen überzuwechseln, dort die Strukturelemente, die Kernsubstanz der Sorgen und Unzufriedenheiten zu eruieren und aus diesem Kreis selbst Lösungsvorschläge erarbeiten und Personen wählen zu lassen, die sodann in den eigenen Handlungsrahmen integriert werden und dort wirken können.

4.3. Akzeptanz

Das Konflikthafte der emotionalen und kognitiven Einschätzungen der Betroffenen drückte sich vor allem darin aus, daß sie sich von der obersten Autorität, dem Staat, im Stich gelassen fühlten und glauben mußten, gegen übermächtige Bedrohtheiten nichts mehr ausrichten zu können. Derartige **Gefühlsmischungen** wären sofort beseitigt gewesen, hätten die sich langsam heranbildenden „Anti-Strukturen“ Verständnis gefunden und die Möglichkeit bekommen, ihre Ängste und Unzufriedenheiten so zu artikulieren, daß man ihren Wert als konstruktiven Versuch, als soziale Sorge und Willen zur Fürsorge wahrgenommen hätte.

Ereignisse wie „Tschernobyl“ — oder beliebige andere Katastrophen — stellen nicht unmittelbar einen Bezug zum Staat her. Dieser Bezug ergibt sich erst dort, wo der Staat als übergeordnete Instanz gefordert ist. Ob dabei der Staat aufgrund seiner Selbstwahrnehmung (dazu nochmals Dammermann 1986) glaubt, „sachgerecht gehandelt“ zu haben, ist für die Einschätzung der Bevölkerung unerheblich. Sie richtet an den Staat Erwartungen, und es gehört dann zu einer erfolgreichen Politik hinzu, diesen Erwartungen auf befriedigende Weise zu entsprechen. Dies bedeutet keineswegs, daß die seitens der Bevölkerung artikulierten Erwartungen buchstabengetreu erfüllt werden müssen; vielmehr sind auch völlig andere Formen einer befriedigenden Erwartungserfüllung möglich. In jedem Falle aber bewirkt staatliches Handeln Erfahrungen bei den wie immer Behandelten.

Jede staatliche Information oder Maßnahme trifft somit auf ein bestimmtes, biographisch gewachsenes Verständnis von „Staat“, von Erwartungen über staatliches Handeln, und damit auf ein Set von Meinungen und Einstellungen im Kontext von „weltanschaulichen Bezugsgruppen“. Der Umgang des Staates mit diesen „**Referenzgruppen**“ dient den meisten Bürgern als Gradmesser für ihre Einstellung zum Staat. Man fragt sich, wie es der Staat mit den Drogenabhängigen, mit den Straftlassenen, mit den **Steuersündern**, mit den . . . hält, und leitet daraus ab, ob der Staat zu liberal, zu weich, zu autoritär etc. ist. Der Umgang mit dem Ereignis „Tschernobyl“ zwang, so zumindest der Tenor der Befragten, viele zu einer **Reinterpretation** ihres Verständnisses vom Staat, wengleich man sich hüten muß, monokausale oder unilineare Veränderungen annehmen zu wollen. So erzählte beispielsweise die Mutter, die die Bremer Kinderdemo zum Senat mitorganisiert hatte, daß sie „eigentlich noch nie demonstriert“ habe. Erst ganz langsam, auch durch „viele Gespräche mit anderen Müttern und mit Frauen aus Bürgerinitiativen“ habe sie mit dem Nachdenken begonnen und „eben nicht mehr alles geglaubt, was im Fernsehen oder von Politikern gesagt wird“. Tschernobyl und das „ganze **Herumgelüge** danach“ habe sie „endgültig auf die Palme gebracht“:

Immer wieder habe ich geträumt, daß meine Melanie Krebs kriegt. Ich war davon so fertig . . . das glaubst Du nicht. Und dann immer wieder diese Politiker, die sogar behauptet haben, daß unsere Babies sogar Spinat essen könnten. Ich hätte die umbringen können . . .

Eine abermalige Zäsur im Verständnis von „Staat“ stellte sich bei dieser Mutter ein, als unmittelbar nach der Demonstration, auf dem Heimweg, Polizisten gewaltsam versuchten, die Personalien der Demonstranten festzustellen. „In dem Moment wußte ich, daß es nicht um unsere Sorgen geht, sondern nur darum, uns zu erfassen, damit wir später fertig gemacht werden können. Von dem Moment an war es aus.“

Auf der anderen Seite war sich die befragte Mutter aber auch bewußt, daß es einer Reihe selbsternannter Experten und politischer Gruppierungen auch nicht um die Sorgen der Betroffenen ging, sondern nur darum, aus Tschernobyl politisches Kapital zu schlagen. Sie gab zu, daß sie das besonders „an den Frauen genervt“ habe, die sie während der Vorbereitung der Demonstration kennengelernt hatte und die seit langem Mitglieder in Bürgerinitiativen und Frauengruppen waren. Sie sagte dann weiter:

Wenn das mit der Demo anders gelaufen wäre, also wenn die uns irgend wie ernst genommen hätten und nicht auch noch die Sache mit der Polizei gelaufen wäre, also ich sag mal so, wenn die sich offiziell entschuldigt hätten, so nach dem Motto — ja, wir haben Bockmist gebaut, das wird unterbunden. Und wenn dann auf Dauer eine Meßstelle eingerichtet worden wäre, wo von den Politikern keiner die Finger drin hat, dann wär'n wir bestimmt alle ganz happy gewesen und hätten gesagt: na **siehste**, klappt ja doch. Aber so, so hatten die Schwarzseher recht, und wenn die nicht so furchtbar übertrieben hätten, **wär'n** so brave Leute, wie ich war, nie wach geworden.

Die beiden ineinander verschränkten Dissonanzen werden hier gut sichtbar: Man glaubt noch an den Staat, wird aber aufgrund bestimmter Vorkommnisse verunsichert, dann gründlich enttäuscht, und man steht gewissen Gruppierungen noch skeptisch gegenüber, nähert sich ihnen aber an, als man deren reale Machtlosigkeit erfährt. In gewissem Sinne vollziehen sich Lernprozesse, doch geht es dabei weniger um die distanzierte Analyse komplexer **Sachverhalte** als vielmehr um die Verarbeitung emotionaler Enttäuschung und gleichzeitiger Auffüllung dieser Enttäuschung mit neuer Hoffnung.

Wer aus dem Rathaus kommt, ist immer klüger — will sagen: Nach Unfällen und Katastrophen ist faktisch entschieden, wer vorher Risiken und **Scheiternspotentiale** zutreffender bewertet hat. Das bedeutet aber auch, daß die Beurteilung des Katastrophalen davon abhängt, bis zu welchem Grade und in welchem Ausmaß mit dem Eintritt gerechnet wurde, wie also die „**vorkatastrophischen**“ Risikowahrnehmungen und Entwicklungsannahmen waren. Zweierlei, immerhin, wurde dennoch deutlich: Den Be-

fragten ging es nicht um die **Akzeptanz** von Informationen, sondern um die Akzeptanz der Informierenden; und: Den Informierenden scheint es weniger um die Inhalte ihrer Informationen zu gehen, als vielmehr um eine möglichst reflexionsfreie befürwortende Hinnahme ihrer Autorität.

Diesen zunächst eher intuitiven Eindruck verstärkten gezielte Interviews mit Vertretern des öffentlichen Lebens. Ihr durchweg **ambivalentes** Verhältnis gegenüber Information, **Expertentum**, Vertrauen und Kontrolle belegte zwar auf der einen Seite ein deutliches Bewußtsein von der strukturellen Unmöglichkeit, für sämtliche Entscheidungsthemen Sachkunde erwerben, fundierte Überzeugungen bilden, angemessen auf Entscheidungen einwirken und danach effektive Kontrolle ausüben zu können; es offenbarte aber auf der anderen Seite ein eklatantes Unverständnis dafür, daß dadurch komplexe Informationen immer schlechter beurteilbar und mithin einfachste, d.h. auch: vereinfachte und falsch vereinfachende, somit zunehmend emotional fundierte, d.h. auch: **emotionalisierte** und **irrationalisierte** Entscheidungshilfen immer wichtiger werden.

Der Schluß, man könne sich dieser strukturellen Unmöglichkeit instrumentalistisch bedienen und politisch oder administrativ relevante Entscheidungsthemen gezielt „positiv besetzen“ und so die Akzeptanz staatlichen Handelns steigern, erschien naheliegend und folgerichtig, verkürzt jedoch das Problem konsensualer **Entscheidungsfindung** auf konventionelle Marketing-Strategien aus dem Bereich der Industrial Relations. Doch, anders als durch ein Firmen-Image durchgesetzte Kekse, Videorekorder, Autos oder **Spülmittel**, sind staatliche Maßnahmen und Informationen keine konkurrierenden Verbrauchsgüter, sondern spezifische Eingriffe in individuelle Dispositionen mit dem Anspruch auf bestimmte (normenkonforme, loyale) Reaktionen. Insofern hebt „gesellschaftliche Akzeptanz von staatlichen Informationen“ auf Qualitäten ab, die mit Marketing-Methoden grundsätzlich nicht faßbar sind. Es geht letzten Endes um das Verhältnis von Staat und Bürger, um die Stabilität normativer Orientierungen, um die **Erwartbarkeit** von Loyalitäten und um die Verlässlichkeit, mit der sich die Handelnden an ihre gemeinsame Geschäftsgrundlage halten — ökonomisch entspräche dies dem „öffentlichen Gut“.

Ein derart weit gespannter Bezugsrahmen mußte zwangsläufig die Möglichkeiten unseres Kurzprojektes sprengen. Andererseits aber ließen erst die Projektarbeiten erkennen, daß inhaltliche Antworten, Ratschläge gar, nur aus dem Kontext dieses Bezugsrahmens abzuleiten sind, daß, um im Bild zu bleiben, ohne Vertrauen in die Verlässlichkeit einer kollektiven „Geschäftsordnung“ Informationen selbst dann weder geglaubt noch ein auf sie bezogenes Handeln insgesamt erwartet werden kann, wenn einzelne Informierende als glaubwürdig gelten und bestimmte Gruppen der Informierten informationsgemäß reagieren wollen: Sind erst größere Kollektive nicht mehr bereit, ihre strukturelle **Laisierung** durch reflexionsfreie befür-

wortende Hinnahme und durch Vertrauen in die fachmännisch Entscheidenden zu kompensieren, so kann nur noch durch Veränderungen dieses strukturellen **Status**, nicht aber durch Manipulationen an seinen Konsequenzen ein positiver, die bestehende Geschäftsordnung bewahrender Effekt erreicht werden.

Darüber ergibt sich ein Zugang zu **Akzeptanz**, der grundsätzlich nicht von der Art oder den Inhalten staatlicher Informationen oder von den Persönlichkeitsprofilen einzelner Informierender und Informierter bestimmt wird, sondern von dem Maß des Vertrauens, das die Handelnden einander entgegenbringen, und das notwendig vorauszusetzen ist, damit ein sich-aufeinander-Einlassen überhaupt erst möglich wird. Indem sich also die **vor-rationalen** Voraussetzungen des rationalen, verlässlich kalkulierbaren Sozialverkehrs, oder mit Émile **Durkheim** formuliert, die nichtvertraglichen Momente des Gesellschaftsvertrages als das eigentliche Problem von Akzeptanz erweisen, stellt sich Akzeptanz auch als abgeleitete Größe, als Derivation eines grundlegenderen Verhältnisses dar.

Zu sehen ist daher, daß die unter bestimmte Begriffe (z.B. „Vertrauens- und **Akzeptanzverlust**“, „Legitimationskrise“) **subsummierten** Phänomene zwar bestimmte Besorgnisse („**Unregierbarkeit**“, „Machtverlust“) auslösen, daß aber die Interpretation dieser Phänomene keineswegs zwangsläufig mit diesen Phänomenen selbst und den dahinter vermuteten sozialen Veränderungen identisch sein muß. Selbst dort, wo beängstigende Phänomene sichtbar werden und berechtigt auf untergründige soziale Veränderungen schließen lassen, darf nicht zwangsläufig von der Quantität und Qualität des Sichtbaren auf die Quantität und Qualität des untergründig Veränderten geschlossen werden. Zwischen dem Sichtbaren und dem Untergründigen ist auch deswegen zu **unterscheiden**, weil das in Erscheinung Tretende zumeist personal zugerechnet und folglich sanktioniert werden kann, während sich das Untergründige anonym vollzieht und somit nicht zu personalisieren ist. Das Dilemma staatlicher Einflußnahme ergibt sich daraus unmittelbar: Da Akzeptanz und Vertrauen bereits verloren sind, wenn bestimmte Phänomene personal zurechenbar in Erscheinung treten, wäre es sinnvoll gewesen, bereits vorher, während der Phase der untergründigen normativen Veränderungen, so zu intervenieren, daß Akzeptanz und Vertrauen hätten gewahrt, stabilisiert und ausgebaut werden können. Solange aber der Staat und die ihn tragenden Institutionen weder über das theoretische noch das instrumentelle Rüstzeug verfügen, um derartige untergründigen Veränderungen wahrnehmen und diskursfähig präsentieren zu können, muß zwangsläufig gewartet werden, bis sich die jeweiligen problematischen Veränderungen personalisieren und es folglich für **konsensuale** Integrationsstrategien zu spät ist.

Man könnte nun folgern, daß nicht mehr als neue Formen der Frühwarnung und Vorfeldkontrolle entwickelt werden sollten. Doch dürfte dies

nach unserer Einschätzung eher Mißtrauen steigern, als Vertrauen bilden. Auch sollte nicht unterschätzt werden, daß die Zeit, die vergehen muß, bis sich Probleme, Krisen, Unzufriedenheiten **personalisiert** haben, zugleich ein evolutionärer und selektiver Vorgang ist, der positiv bewertet werden muß. Versuchte man ausschließlich, zukünftige krisenhafte Entwicklungen im Vorfeld, also vor ihrer **Personalisierung**, zu **detektieren**, so nähme man höchstwahrscheinlich jedes Lüftchen als Sendboten einer krisenhaften Veränderung wahr. Wartet man dagegen, bis genügend personale Massierung vorhanden ist, es also „ernst“ ist, kann man sicher sein, daß es sich hier um ein wirkliches Problem handelt. Dann aber sollte ein Instrumentarium bereits zur Verfügung stehen, mit dem dieses Problem bestand-erhaltend integriert werden kann. Dies müße ein Instrumentarium sozialer Kontrollen sein.

4.4. Kontrolle

Der Begriff „Kontrolle“ tauchte expresso verbo lediglich bei zwei Befragten und bei zwei weiteren in verklausulierten Formulierungen („Aufgeklärtheit“, „kompetentes Mißtrauen“) auf (s. Frage 6). Alle Befragten, die sich in eine solche Richtung äußerten, nahmen sich jedoch sofort zurück, indem sie einschränkend auf die Schwierigkeiten von Laien verwiesen, die technischen Zusammenhänge und Probleme der anstehenden Sachentscheidungen durchschauen zu können. Selbst Hubert **Kleinert** fürchtete sich vor „**plebiszitären** Elementen“ in der Politik, auch er fürchtet das imperative Mandat.

Intuitiv bildete sich der Eindruck, daß die Mehrzahl der Befragten nur eines wirklich fürchten: Kontrolle. Die Abneigung, sich in die Karten schauen zu lassen und regelmäßig Rechenschaft zu geben, war den meisten Befragten anzumerken. Allerdings ist hier einzuräumen, daß ein solcher intuitiv gewonnener Eindruck unbedingt der kritischen, empirischen Überprüfung bedarf. Immerhin aber ist bezeichnend, daß die Versuche, über alternative Wege der Mitentscheidung und der direkteren Demokratie zu diskutieren, schnell abgebogen oder gar ins Lächerliche gezogen wurden. Hinweise auf die Unfähigkeit der Masse, Zusammenhänge wirklich durchschauen zu können, waren an der Tagesordnung. Allein der Abgeordnete Michael Müller lenkte von sich aus das Gespräch auf die Problematik einer veränderten gesellschaftlichen Kontrolle von Parlament, Regierung und Wirtschaft, wengleich auch er glaubte, daß es kein durchführbares System gebe, daß schon heute benutzbar sei. Lediglich der Computer-Experte hatte **dezidierte** Vorstellungen von einer Gesellschaft der unmittelbaren elektronischen Demokratie:

(C) Computer-Spezialist / (I) Interviewer

(C) Vertrauen, Vertrauen — ich kann es nicht hören! Denkquark aus der analogen Ära! Der Begriff soll doch nur bemänteln, daß man nichts

weiß, aber hofft, daß es trotzdem klappt. Für mich ist Information und Informationsverarbeitung das zentrale Problem. Warum sollte ich jemandem vertrauen, der behauptet, über mehr Information zu verfügen? Umgekehrt! Wer vorgibt, mehr zu wissen als ich, ist verdächtig und verdient mein Mißtrauen. Soviel ist doch klar: Wer mir seine Informationen nicht zur Überprüfung zugänglich machen will, der will sich nicht kontrollieren lassen. Folglich muß ich damit rechnen, daß er seine Informationen im Zweifelsfall auch gegen mich verwendet.

- (I) Moment bitte. Zwei Punkte fallen mir **auf**. Zum einen mag es ja sein, daß **Sie** technisch und von der Ausbildung her in der Lage sind, Informationen zu verarbeiten, aber ...
- (C) ... was ist mit den Doofen, wie? ...
- (I) ... Nicht ganz so schnell, bitte. Sie halten sich selbst sicherlich nicht für doof und trotzdem werden Sie kaum in der Lage sein, sämtliche Informationen für sämtliche Entscheidungen, die in einer Gesellschaft gefällt werden müssen, bewerten und beurteilen zu können.
- (C) Schon wieder der Pappkamerad aus dem Analogzeitalter! Glauben Sie denn, daß das unsere Politiker können, die täglich über gesellschaftsrelevante Fragen — und damit auch über mich — entscheiden? Natürlich können die das auch nicht. Und so wie die sich ihre Experten heranziehen, so kann ich auf Expertensysteme zurückgreifen und nicht nur Entscheidungen über Entscheidungen herbeiführen, sondern gleichzeitig Hierarchien von Algorithmen, man könnte auch sagen, intelligente Simulationen, durchspielen und daran — ohne daß wirklich etwas schief geht — **Bewertungs-** und Beurteilungsparameter durchprüfen. Außerdem ist doch die ganze Fragestellung vorsintflutlich. Politiker sollen doch Orientierungen geben und Rahmendaten abstecken, nicht in Details wuseln. Dabei sind doch nur zwei Probleme relevant: 1. Das prognostische Vermögen und 2. die Bereitschaft einer ganzen Gesellschaft, **Zukünfte** planen zu wollen. Von meinem Blickwinkel aus wäre das doch alles ganz einfach; nehmen Sie nur die Sache mit der Kernenergie. Technisch wäre es keine Hürde, die Bevölkerung elektronisch zu befragen und dazu einen Entscheidungsbaum zu bauen, der immer wieder mit der Bevölkerung zurückgekoppelt wird. Selbst dieses unsägliche Argument, daß die Leute die Tragweite ihrer Entscheidungen gar nicht beurteilen können, ist doch kalter Kaffee. Zum einen heißt das doch nur, daß man die Leute wirklich für zu blöde hält, und zum anderen, daß man gar nicht gewillt ist, die Möglichkeiten der elektronischen Sofortbefragung und **-meinungsbildung** zu **nutzen**. Sehen Sie, ich war lange in den Staaten — dort habe ich verschiedene Kabelprogramme erlebt mit sogenannten „**push-buttons**“, also mit Antworttasten. Damit hatten die Leute die **Möglichkeit**, von der sehr primitiven binären Codierung bis hin zur interaktiven Kommunikation Einfluß auf das Programm und die dort verhandelten Inhalte zu nehmen ...

- (I) ... Geben Sie mir eine Chance! Nicht jeder ist mit dem vertraut, was Sie hier entwickeln ...
- (C) Pardon, Pardon, mit **push-button** hätten Sie mich jetzt ausschalten können ... Und säßen wir in einer **Talkshow**, dann wäre aus der Menge der Abschaltungen sofort ersichtlich, wieviele Zuschauer mich auch nicht verstanden hätten. Natürlich wäre das immer noch ziemlich primitiv. Komfortabler wäre es, wenn z.B. in einer eingblendeten Textzeile bestimmte Parameter abgefragt würden — es gibt unendliche Möglichkeiten, selbst die, das System reflexiv zu machen und danach zu fragen, ob die Fragen zutreffen. Manipulationen ließen sich so durch reflexive Schleifen ebenso ausschließen wie durch vorab **anklickbare** Alternativen ...
- (I) ... **anklickbar**?
- (C) Pardon. Ja, vielleicht ist es am besten, wenn ich eine Sendung beschreibe, die mich besonders beeindruckte und an der sich die Begriffe und Abläufe demonstrieren lassen. Es ging, im puritanischen Amerika ein besonders heißes Eisen, um Homosexualität. In einer Diskussionsrunde sollte, ähnlich wie in unserer „Pro und Contra“-Sendung, ermittelt werden, ob Homosexualität strafbar bleiben oder **liberalisiert** werden sollte. Vom Sender, einem privaten „**Pay-TV**“, also einem über Gebühren pro Einschaltzeit finanzierten Sender, war eine Diskussionsrunde zusammengestellt worden: Ein Sexualwissenschaftler, ein **Homosexueller**, ein Jurist, ein Politiker. Zusätzlich wurde eine Liste mit Namen und Nummern eingendet, so daß die Zuschauer noch weitere **Diskutanten** durch „Anklicken“, also durch drücken der entsprechenden Nummer auf ihrer Fernbedienung, hinzuwählen konnten. Die Kandidaten mit den meisten Nennungen wurden dann per Telefon **dazugeschaltet** oder, wenn möglich, ins Studio geholt. Nach jedem Statement durften die Zuschauer Zustimmung oder Ablehnung äußern, so daß, für die aktiven Teilnehmer unsichtbar, eine Art Benotung der Aussagen stattfand. Nach jeder Themenrunde wurden die Zuschauer gefragt, ob relevante Gesichtspunkte **unbehandelt** geblieben sind. Antworteten mehr als 49 Prozent mit „Ja“, bestand für die Dauer der Werbung die Möglichkeit, im Sender anzurufen und Themen oder Fragestellungen zu nennen. Bei mehr als 10 Themenbereichen durften die Zuschauer wieder anklicken und fünf auswählen. Die Sendung war bewußt als „**open-end**“ konzipiert und mußte, nach mehr als sechs **Stunden**, abgebrochen werden, nachdem auch darüber ein Mehrheitsbeschluß hergestellt worden war. In der Endrunde, die alle Bewertungen zusammenfaßte, zeigte sich eine überwiegende Mehrheit für eine Liberalisierung. Aber abgesehen von dem tatsächlichen Ergebnis: hier habe ich zum ersten Male erlebt, was elektronische Demokratie heißen kann. Seitdem finde ich alle diese **Pseudo-Einwände**, daß die Leute dazu nicht reif seien, oder eine furchtbare „Stimmungsdemokratie“ herauskäme, einfach lächerlich. Bis die Demokratie einigermaßen funktionierte, brauchte es auch seine Zeit. Und ob sie heute noch angemessen funktioniert, bezweifle ich!

- (I) Ich muß noch einmal auf einen Gedanken zurückkommen, den Sie vorhin **äußerten**. Da sagten Sie, daß **Informationsvorsprünge** notwendig mißtrauisch machen müßten, weil jeder, der seinen Vorsprung nicht zur Überprüfung freigibt, verdächtig ist, sich der Kontrolle entziehen zu **wollen**. Meinen Sie nicht, daß es auch eine notwendige Geheimhaltung von Informationen gibt, im Bereich der Verteidigung, der technischen Entwicklung, der Verfahrenstechniken?
- (C) Das alles halte ich für vorgeschoben, für schlichte Zwecklüge. Natürlich gibt es schutzwürdige Interessen. Wer Millionen, gar Milliarden investiert, will die störungsfreie Produktverwertung. Hier aber nützt ein international exekutierbares Patentrecht mehr, als **kryptographierte** Verfahrenstechniken und geheimgehaltene Inhaltsstoffe. Schauen Sie mal die Probleme an, die sich daraus erst ergeben! Inzwischen gehen doch die Schäden, die aus derartiger Geheimniskrämerei folgen, selbst in die Milliardenhöhe. Außerdem geht es doch nicht darum, sämtliche Informationen über laufende Entwicklungsarbeit zu veröffentlichen, sondern nur die, die gesellschaftsrelevanten Entscheidungen zugrunde liegen. Wenn z.B. darüber entschieden wird, ob ein neues Waffensystem entwickelt werden soll oder nicht, muß man doch der Bevölkerung kein einziges Detail dieses Waffensystems mitteilen, sondern nur, wie alle gesellschaftlichen Gruppierungen darüber denken. Man könnte doch, wie in der amerikanischen Pro und Contra-Sendung, die Bevölkerung darüber befinden lassen, ob sie sich so bedroht fühlt, daß sie eine Investition einer bestimmten Größenordnung für notwendig hält. Das wäre doch für die politische Seite der **Entscheidungsfindung** ausreichend.
- (I) Lassen Sie mich ein einfaches wie abgegriffenes Beispiel anführen: die **Todesstr.** . .
- (C) . . . Oh Gott, nein! Da stellen sich mir die Nackenhaare auf. Entschuldigen Sie! Aber gerade das Beispiel finde ich derartig bigott, daß es mich nur noch schüttelt. Dennoch — spielen wir es durch. Mit diesem Beispiel wird immer wieder zu belegen versucht, daß man den Instinkten der Masse nicht folgen darf, man sie zum Guten gelegentlich zwingen muß. Nach dem Menschenbild will ich hier nicht fragen — aber offensichtlich hält man die Mehrheit weder für **lernfähig** noch für einsichtig genug, um die vernünftige Seite des Verzichts auf die Todesstrafe nachvollziehen zu können. Rational gibt es ja tatsächlich nur zwei Gründe: Die Unantastbarkeit des (menschlichen!) Lebens und die Irreversibilität der Maßnahme. Beide Momente werden selbstverständlich täglich auf schamloseste Weise mit Füßen getreten, und da fragt auch niemand: Ist eine Plutoniumwirtschaft reversibel? Ist die **gen-technologisch** produzierte Mutanten reversibel? Ist meine Gesundheit **unangestastet**, wenn mir Schadstoffbelastungen und Strahlenwerte zugemutet werden, über die ich niemals mitbefinden durfte? Im Grunde, so sehe ich es wenigstens, geht es doch nicht um unumstößliche Grundsätze, sondern immer nur um relationale Güterabwägungen: Wieviel Belastung muß ich zu tragen bereit **sein**, wenn ich auf bestimmte Produkte und auf bestimmte kulturelle Ein-

richtungen nicht verzichten will? Worauf muß ich verzichten, wenn ich bestimmte Gefahrstoffe verbieten will? Ich glaube, wenn man Entscheidungen auf diese Weise aufbereitet und entsprechend breit diskutiert, daß dann nicht nur gern mitdiskutiert wird, sondern die Leute auch immer klüger und Entscheidungsprozesse immer schneller zu bewältigen sein werden. Vor allem aber glaube ich, daß dann eine ganz neue Solidarität entsteht, weil alle über sich selbst entscheiden.

III Theoretisch fundierte Folgerungen

1. Vertrauen

In den fünfziger Jahren erschienen eine Reihe grundlegender Versuche, Vertrauen als Tugend zu restaurieren. So schrieb z.B. A. Nitschke (1952) über „Angst und Vertrauen“, R. Schottlaender (1957) über die „Theorie des Vertrauens“ und O.F. Bollnow (1958) über „Wesen und Wandel der Tugenden“. Durchgehend wurde der Verlust des Vertrauens beklagt und als Ausdruck des „gegenwärtigen Zeitalters“ (Bollnow, 175) in den Rang eines Epochenproblems gehoben:

Es handelt sich . . . um das Mißtrauen gegenüber den staatlichen und kulturellen Einrichtungen allgemein. Die Zusammenbrüche, durch die die Menschheit in den letzten Jahrzehnten hat hindurchgehen müssen, haben das Vertrauen zur Stabilität dieser **Verhältnisse** im tiefsten erschüttert. Man bangt vor einem neuen und furchtbaren Krieg, der alles vernichtet. Die Atombombe ist das nicht ernst genug zu nehmende Symbol dieser äußersten Bedrohung. Die **existentielle** Angst des heutigen Menschen ist die notwendige Folge dieses alles ergreifenden **Vertrauensverlustes** (Bollnow, 176).

Gerade auf Grund der Erfahrung des atomaren Krieges verweist Schottlaender auf die Bedeutung von Vertrauen für die Gestaltung der Zukunft aus Verantwortung vor der Vergangenheit:

Das rechte, das gediegene Vertrauen ist ein Glauben an das Spontane in der Zukunft auf Grund des Wissens von ihm in der Vergangenheit; Gedächtnis und Ahnung sind in ihm verbunden; die (zeitlich nachfolgende) Wissensgewißheit dient als Grundlage der (zeitlich vorausgehenden) Glaubensgewißheit (10 f.).

Schottlaender zeigt damit, daß Vertrauen ein hoffender Glaube daran ist, daß „Es“ — was immer dies sein mag — auch zukünftig gutgehe, da „Es“ doch bis dato immer gutgegangen ist. Logisch läßt sich eine solche Verknüpfung von vergangenen Erfahrungen und zukünftigen Erwartungen nicht halten; nichts muß morgen so werden, wie es heute ist oder gestern war. Gerade weil Schottlaender diesen Zusammenhang in aller Schärfe sieht, vermag er ihn bis zur letzten Konsequenz voranzutreiben:

Die bloße Glaubensgewißheit ohne das Wissensfundament macht den Vertrauenden blind, und es kommt zu dem Extrem der „Vertrauensseligkeit“. Die bloße Wissensgewißheit aber macht starr und stumpf, er verläßt sich auf Menschen oder von Menschen geleitete Institutionen, wie man sich auf Lehrsätze, auf Sonnenuntergänge, auf tadellose Maschinen verläßt.

Während der blinde Glaube ein zwar die Wahrheit verfehlendes, aber doch echtes Vertrauen ist, kann der starre „Verlaß“ kaum noch — oder allenfalls „unechtes“ — Vertrauen heißen. Beide Zerfallsprodukte: das der bloßen Glaubens- wie das der bloßen Wissensgewißheit sind, von der Vorstellungseite her, die eigentlichen Quellen des Mißtrauens. Für die enttäuschte Blindheit liegt das auf der Hand, denn immer schon ist aus betrogenem Vertrauen schwärzester Argwohn geworden. Nicht so klar ist der analoge Sachverhalt beim „starren Verlaß“. . . . Die widerlegte subjektive Gewißheit vom reibungslosen Funktionieren lebendiger Menschen: den sogenannten „Funktionären“, oder vom Stabilbleiben einer Währung (. . .) oder vom „hundertprozentig sicheren“ Erfolg strategischer, geschäftlicher, pädagogischer Maßnahmen schlägt in Mißtrauen gegen die nicht einkalkulierte und daher verhaßte Spontaneität um“ (11).

Sehr zutreffend sieht **Schottlaender** die Zerfallsprodukte: Vertrauensseligkeit auf der einen und stumpfer Schematismus, vielleicht sogar hündische Folgsamkeit auf der anderen Seite. Beides aber führt zu Mißtrauen, wenn auch in unterschiedlichen Formen. Die eine Mißtrauensform erwächst aus Enttäuschung, ist durch negative Lernerfahrung **gekennzeichnet**, die andere erwächst eher pathologischen Ängsten vor Spontaneität, Chaos, Widerspruch, Ungeregeltheit, kurz: vor allen Äußerungsformen, die der kontrollierten und reglementierten Regie **gesetzter** Starre entgegenlaufen. Nur wenn man sich diesen inneren Zusammenhang klarmachen und eingestehen kann, läßt sich die **Affektgeladenheit** verstehen, mit der auch Staat und Bürger, d.h. die den Staat repräsentierenden Personen und die Bürger, einander begegnen. Potentiell sind nämlich die Bürger die angsterzeugenden, die staatliche Regie störenden „**Unruhestifter**“; nur in der Rolle der fügsamen, diese Regie akzeptierenden Bürger wären sie: gute Untertanen! In diesem Sinne aber kann eine auf Mehrheiten zielende, sich durch Abstimmungen legitimierende Staatsform nicht funktionieren. Sie benötigt einen Bürger, der aktive **Akzeptanzformen** statt Vertrauensblindheit oder starrer Folgsamkeit entwickelt. Aus diesem Grunde folgert Schottlaender:

Will man das blinde Vertrauen ebenso wie das unberechtigte Mißtrauen vermeiden, um zum rechten Vertrauen zu kommen, so läßt sich die Entscheidung über den Wert oder Unwert der jeweils in Frage kommenden vertrauensvollen oder mißtrauischen Haltung nicht umgehen (7).

Das kann im Praktischen nur bedeuten, daß regelmäßig kontrolliert werden muß, ob zu Recht oder zu Unrecht vertraut worden ist. Es bedarf mithin der regelmäßigen Rechenschaftslegung, und es wäre ein verhängnisvolles Mißverständnis, wollte man glauben, daß eine in ihren Alternativen hoch vereinfachte, gegenwärtig durch Wahlen zu Legislaturperioden organisierte „Entscheidung über den Wert oder Unwert“ von Vertrauensvorschüssen den Kontrollbedürfnissen der Vertrauenden noch entspreche. Vielmehr erwächst aus der Figur des Vertrauens selbst der Mechanismus der **Kontrollgestaltung**: Vertrauen kollabiert an konkreten Enttäuschungen,

so daß man Vertrauen nur erhalten kann, wenn man vorab prüft, bei welchen Entscheidungen die Vertrauenserwartungen so hoch sind, daß man an genau diesen Stellen keine Enttäuschung der Vertrauenden riskieren sollte.

Gleichfalls wäre es hier fahrlässig, annehmen zu wollen, daß es sich dabei um „große“ oder besonders komplizierte Entscheidungssituationen handeln muß. Das Beispiel der „Flugbenzin-Steuer-Affare“ zeigt sehr deutlich den Anteil symbolischer Bedeutung. Hinter der Nichtigkeit der Sache stand die riesenhafte Enttäuschung einer hohen **Vertrauenserwartung**: zum einen in die wirtschaftspolitische Kompetenz einer Partei und zum anderen in deren moralische Integrität, tatsächlich größere Steuergerechtigkeit zu schaffen. Gerade weil hier die Regierenden unfähig waren, die sozialkonstitutive Bedeutung von Vertrauen und Rechenschaftslegung zu erkennen, konnten sie auch die symbolische Wichtigkeit des Vorgangs nicht erfassen.

Auch diesen Zusammenhang untersuchte Schottlaender, um zu verdeutlichen, welche Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten bestehen und auf welche Weise sie getrübt werden können:

Für das vielerörterte Problem der Autorität gewinnen wir einen wesentlichen Gesichtspunkt, wenn wir das Verhältnis zu ihr als eine Art von einseitigem Vertrauensverhältnis auffassen, in welchem das Risiko der Einsatzhingabe gering erscheint im Vergleich zu der oft gewaltigen Gefahr, die darin läge, sich selbst überlassen zu bleiben. „Einseitig“ ist das Verhältnis allerdings zu nennen, denn die Autoritätsperson oder **-instanz** braucht dem ihr freiwillig Gehorchenden nicht zu vertrauen, ja, kennt ihn oft nicht einmal. Auf **seiten** des Autoritätsgläubigen nun entspricht dem unbedingten Vertrauen, das er der Autoritätsperson als ein ihr gebührendes „Plus“ zusendet, sein eigenes „Minus“ an Selbstvertrauen (35).

Ohne werten zu wollen, versucht nun Schottlaender Gründe anzugeben, durch die ein Plus und Minus bedingt und gerechtfertigt sein können.

Die Ruhe des Wissenden macht glaubhaft, daß echtes Besserwissen und nicht dessen Verzerrung: die Besserwisserei, aus ihm spricht. Und ganz gewiß erstreckt sich ein autoritätsbegründendes Besserwissen nicht auf beliebige Kenntnisse, von denen einer mehr hat als der andere — . . . —, sondern es ist das Besserwissen um das wahre, wohlverstandene Eigeninteresse des **Autoritätsbedürftigen**, verbunden, versteht sich, mit dem guten Willen, es zu fördern. Solch ein wohlverstandenes Eigeninteresse kann auch das einer ganzen Nation sein: dann sind ihre leitenden Staatsmänner, wofern sie Vertrauen verdienen und Autorität beanspruchen dürfen, die Träger leidenschaftslosen Besserwissens ums Heil des Volkes (36).

Völlig zutreffend betont Schottlaender, daß Wissen vorrangig eine ethische, moralische, auf den Unwissenden hin in Fürsorge orientierte Haltung sein muß und nicht nur die nackte Verfügungsgewalt über beliebig viele Informationen. Die Unwissenden, deshalb in ihrem „Minus“ des

Selbstvertrauens befangen und zugleich wohligh zurückgelehnt, weil andere andere die Last des Wissens tragen, vertrauen auf diese Haltung, nicht auf die Datenbänke. Weil sie also auf eine Haltung vertrauen, sind sie zunehmend enttäuscht, da sie täglich sehen müssen, daß der Typus Mensch, dem derartige Haltungen eigen sind, einer vergangenen Epoche angehört und eine Klasse des Managements heranwächst, die die Verfügungsgewalt und den kompetenten Umgang mit Datenbänken für ausreichend hält. Interessant aber ist, daß diese neue Klasse noch keine stabile „Klassenlegitimation“ ausgeprägt hat, die sie sich selbst abfordert, und auf die man, sozusagen auf neuem und verändertem Niveau, wiederum vertrauen könnte. (Das Ansehen des Bankiers Ponto, des Kanzlers Schmidt, des Firmengründers Nixdorf beruhte stark darauf, daß sie als Prototypen dieser neuen technokratischen Managerklasse galten, denen man dies zugleich auch als Haltung honorierte!)

Der Ansatz für ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat liegt nun unseres Urteils darin, die Kluft zwischen Vertrauenserwartung und Vertrauensgrund zu schließen. Da auf bestimmte, aber historisch **überkommene** Haltungen bei den Verantwortung tragenden Personen vertraut wird, kommt es zuvörderst darauf an, nicht länger alte Vertrauensbezüge zu beschwören, sondern neue überprüfbare Haltungen zu entwickeln und als vernünftig darzustellen, so daß die Einsicht entsteht, daß man sich auf diese neue Haltung auch verlassen kann. Längst sind die Schuhe für jene zu groß, die immer wieder Vertrauen fordern, aber offensichtlich noch gar nicht gemerkt haben, daß das, worauf vertraut werden soll, nicht mehr existiert.

Dies meint selbstverständlich nicht ein Vertrauen, das, als „**Ur-Vertrauen**“, dem täglichen Leben als Notwendigkeit vorausgesetzt ist. In diesem weitesten Sinne ist Vertrauen das Zutrauen „zu den eigenen Erwartungen“ (Luhmann 1968: 1): Ohne jegliches Vertrauen, so Luhmann, könne der Mensch morgens sein Bett nicht verlassen, weil ihn sonst Angst und Entsetzen lahmten. Selbst ein bestimmtes Mißtrauen wäre unmöglich, weil jenes sein — noch so **partiales** — bezugnehmendes Gegenteil erforderte. Eine neue Qualität tritt erst hinzu, wo sich Vertrauen über die eigenen Erwartungen hinaus auf die Erwartungen und die erwarteten Erwartungen der anderen erstreckt. Dann erst gewinnt Vertrauen die Form eines sozialen Mechanismus, bei dem Mißtrauen auf Ausschluß von Möglichkeiten orientiert, während Vertrauen mehr Möglichkeiten zuläßt, als man selbst *unter Kontrolle* hat oder haben kann.

Wer Vertrauen erweist, gibt letztlich Raum für andere und deren Handhabung von Welt und damit für „mehr Möglichkeiten des Erlebens und Handelns“ (Luhmann 1968: 2). Dadurch, so Luhmann, steige die Komplexität des sozialen Systems, da die Zahl der Möglichkeiten, die jeder einzelne handhaben kann, auf die Möglichkeiten aller (einander Vertrauenden) aus-

gedehnt wird. Vertrauen stellt somit für den einzelnen einen Mechanismus zur Reduktion von Komplexität dar, da im System über mehr Möglichkeiten verfügt wird, als jeder einzelne allein verarbeiten könnte.

Indem der einzelne darauf vertraut, daß sich das Mehr an Möglichkeiten vorteilhaft auswirken wird, ängstigen ihn die „überkomplexen“, seine individuelle Verarbeitungskapazität übersteigenden Verhältnisse nicht. Gerade weil jeder auf den anderen vertraut, kann Überkomplexität toleriert, als Vorrat an Möglichkeiten genutzt und vielleicht sogar als Freiheitsgrad genossen werden.

Nun ist, wie **Luhmann** (1968: 21) betont, Vertrauen eine „riskante Vorleistung“. Wie sich die anderen in der Vergangenheit verhalten haben, sich im Gegenwärtigen verhalten, ist gewiß, ist historisches Faktum; ob sie sich jedoch in der Zukunft weiterhin verlässlich und kalkulierbar verhalten werden, darauf kann nur vertraut werden. Trotzdem unterscheidet sich Vertrauen von bloßer Hoffnung dadurch, daß aufgrund einer vertrauensvollen Erwartung entschieden wird: Weil in Vergangenheit und Gegenwart Vertrauen bestärkt und vertrauensvolles Handeln honoriert wurde, schenkt man auch zukünftig Vertrauen.

Auch wenn sich Zukunft nicht wirklich absehen läßt, Vertrauen insofern immer riskant bleibt, weil die daran geknüpften Erwartungen enttäuscht und der dadurch entstehende Schaden größer werden kann, als der Vorteil, auf den man vertraut hatte, erweist sich jeder Vertrauenserweis dennoch als kalkuliertes und zugleich unumgebares Risiko. Kalkuliert, weil die Handelnden auf „vertraute Hintergrundsicherheiten“, also auf Erfahrungen und Verbindlichkeiten zurückgreifen und über kontrollierende Sanktionen (Belohnungen und Strafen) verfügen, durch die sie zukünftiges Handeln in gewissem Rahmen zu sichern vermögen. **Unumgebar**, weil die Handelnden zu riskanten Vorleistungen „Vertrauen“ gezwungen bleiben, um „Überkomplexität“ und Ungewißheit überhaupt individuell **aushalten** und überwinden zu können.

Beide Momente von Vertrauen bergen brisante Potentiale: Der Rückgriff auf vertraute Hintergrundsicherheiten schließt genuin ein tradierendes, am Vergangenen gewonnenes Element ein. Stufenlos geht dadurch Vertrauen in „Kontinuitätserwartungen“ über, die „ohne Reflexion wie feste Gleitschienen dem täglichen Erleben zugrundegelegt werden“ (Luhmann 1968: 22). Dies mag angehen, so lange sich die Inhalte, auf die vertraut wird, in eben den gleichen tradierten Bahnen bewegen und selbst ohne Überraschungspotentiale sind. Sobald aber die Inhalte eine andere Verlaufs- und Möglichkeitendynamik annehmen, als die Beurteilungsgrundlagen, von denen aus sie bewertet werden, müssen zwangsläufig **Frustrationen** auftreten. In unserem Problem-Bereich, der nur mühsam mit dem modernistischen Begriff „**Risiko-Akzeptanz**“ umhegt wird, sind diese Prozesse mit

Händen zu greifen. Hier stehen Probleme zur Entscheidung, die so neu, so überraschungsträchtig und kurz- wie langfristig so folgenreich sind, daß für sie die **traditionalen** Beurteilungsgrundlagen nicht mehr angemessen sind. Wer z.B. darauf vertrauen soll, daß es für die Zerfallsdauer radioaktiver Abfälle **sozial**, technisch und moralisch ebenso langfristige Kontroll- und Deponie-Organisationen geben kann, der vertraut für einen Soziologen blind.

Im heutigen Sinne kann Vertrauen folglich nur heißen: Vorleistung darauf, daß Überkomplexität von Sachverständigen so reduziert wird, daß sie auch für weniger Informierte überschaubar wird (aber nicht: Vollzug von Entscheidungen, die von den davon Betroffenen irreversibel zu tragen sind). Trüge der Staat in diesem Sinne dazu bei, daß Zukunftsentscheidungen transparent und Entscheidungen für Korrekturen offen gehalten würden, so entstünde hier am ehesten neue Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft, Vertrauen auch als Vorleistung beizubehalten.

Für die **Akzeptanz** staatlicher Information bei Unfällen und Katastrophen gelten grundsätzlich ähnliche „**vor-rationale**“ Weichenstellungen. An sie ist zu erinnern, damit bestimmte Entwicklungen und Phänomene überhaupt verständlich werden. Die erste vor-rationale Weichenstellung ergibt sich aus dem Prozeß wechselwirksamer Spezialisierung und **Läisierung** und der damit verbundenen Angst vor der „Unkenntnis vom **Ganzen**“: Wo unausweichlich alle zu Spezialisten im Kleinen werden, verliert sich nämlich nicht bloß die Kenntnis vom Ganzen, sondern das Ganze selbst (**Clausen** 1983). Dies nicht deswegen, weil die Konzentration auf das je eigene spezialisierte Kleine und die Akkumulation der dadurch bewirkbaren Vorteile borniert macht und korrumpieren kann, sondern weil sich logisch aus dem Konzert konkurrierender Spezialisten und ihrer Beschränkung auf das Spezielle kein Ganzes von selbst zusammenfügt.

Der Staat — wer immer im Konkreten damit personifiziert werden mag — gerät auf Grund dieser Entwicklung in eine prekäre, auswegarme Lage: Ihm kommt die Aufgabe **zu**, das Ganze zu wahren und zugleich alle einzelnen dazu zu bringen, ihre Dissonanzen zu überwinden und in die Symphonie namens Gesellschaft harmonisch einzustimmen. Bleibt man im Bild, so ist ihm abverlangt, was andernorts guten Komponisten nachgesagt wird: sich ein Bild vom Ganzen vorstellen zu können, bevor die Details ausgeführt werden. So wenig sich eine Symphonie ergäbe, addierte man lediglich einzelne Instrumentierungen, so wenig ergäbe sich aus noch so kompetenten Einzelarbeiten einzelner Ressorts ein Staat. Es bedarf des einigenden Planes und der zusammenfassenden Kraft, um die Interessen, Vorstellungen und Neigungen der Beteiligten verträglich bündeln zu können. Übertragen auf die schier endlose Kombinatorik individueller Willen in einer Gesellschaft, kann Gesellschaft offensichtlich nur deswegen funktionieren, weil sich die konkurrierenden Einzelnen darin einig wissen, daß

sie ohne ein übergeordnetes Ganzes nicht friedlich ihren Einzelinteressen nachgehen können, und daß sie im Konfliktfall einer regulierenden Instanz bedürfen, die selbst nicht Partei ist, sondern aus diesem übergeordneten Ganzen Gesichtspunkte abzuleiten vermag, die die Einzelinteressen einsehbar beschneiden.

Die klassische Sichtweise des Staates ist derart beschrieben worden: Als neutraler, über allen Einzelinteressen stehender Sachwalter des Gemeinwohls darf er sich seines Gewaltmonopols bedienen, um nach außen und innen hin jene Geschäftsgrundlage zu verteidigen, auf der alle Gesellschaftsmitglieder miteinander verkehren, und aus der sich die Gesichtspunkte ableiten lassen, nach denen Einzelinteressen hinter das Gemeinwohl zurückzutreten haben.

So lange die Staatsbürger von der generellen Richtigkeit dieser Staatskonstruktion überzeugt sind und darauf vertrauen, daß der Staat diesem hehren normativen Ideal gerecht wird, kann von Vertrauens-, **Akzeptanz-** oder Legitimationskrise keine Rede sein. Im Gegenteil, jeder Bürger darf seinen noch so speziellen, noch so parzellierten und **segmentierten** Einzelinteressen deswegen bedenkenlos nachgehen, weil der Staat, als Garant des übergeordneten Ganzen, zu intervenieren verspricht, sobald dem Ganzen Schaden droht. Unter den gegenwärtigen Gesellschaften der Welt kann man nur bei einer prekären Minderheit — den sog. „**statalen** Gesellschaften“ — einigermaßen davon ausgehen.

Wenn Vertrauen, Akzeptanz, Legitimation, Loyalität etc. in Rede stehen, sind die damit gemeinten sozialen Realitäten bereits zu praktischen Problemen geworden: Nie kommen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens als kritische Tatbestände und in der Folge als Tatbestände offener Kritik zu Bewußtsein, wenn sie nicht vorher schon praktische Krisen heraufbeschworen hätten. Das, was also in Rede steht, offenbart, sozusagen spiegelbildlich, das, worum sich die Betroffenen sorgen: daß der Staat seine Rolle verliert und selbst zur Partei wird. Auch wenn hier weitgehend Staat und Parteien ineins gesetzt werden, verändert dies im Resultat nichts; deren Zutun bei der Umwandlung des Staates zur parteilichen Position ist zunehmend unbestritten. Wenn aber selbst eine ausgewiesene **Parlaments-**Kritikerin wie Hildegard **Hamm-Brücher** „in tiefer Sorge um die Akzeptanz der politischen Parteien (ist), die ja gleichbedeutend ist mit der Akzeptanz der Demokratie“, dann wird erkennbar, was mit Auflösung von „Staat“ gemeint ist. (Zit. nach: DIE ZEIT Nr. 29 vom 15. Juli 1988: 4)

2. Information

Informationen sind weit mehr als Daten über Daten, weil Informationen nicht allein, ohne Kontext des **Informierens** und des sinnhaften **Interpretie-**

rens, zu verstehen sind. Der Akt des **Informierens** ist folglich der über den Informationsgehalt hinausgehende, im wörtlichen Sinne sozialkonstituierende Akt: Wer informiert, integriert den Informierten und teilt ihm „Etwas“ mit. Indem er „Etwas“ mitteilt, wird geteilt, wird ein Stück Gemeinsamkeit hergestellt, so daß jeder an des anderen Leben Teil haben kann.

Die Versuchung von Behörden und Institutionen, nur dann Informationen mitzuteilen, wenn dies „sachlich erforderlich“ ist, verkennt einfach, daß damit nicht nur nicht sozial geteilt wird, also man den Bürger nicht teilhaben läßt, sondern daß sogar enteignet wird, in dem Sinne nämlich, daß sich der Mitteilende — besser: der Verlautbarende — über alle erhebt und glaubt, zugleich beurteilen zu können, wann wer welche Information zugeteilt bekommen sollte. Die darin implizierte Entmündigung rächt sich spätestens dann, wenn den so verabreichten Informationen nicht in dem Sinne Folge geleistet wird, wie es sich der Informierende denkt. Darin schließlich liegt die letzte Überhebung, die der so Informierte ebenfalls registriert: Weder wird Wissen geteilt, noch läßt man an sich teilhaben, noch läßt man es zu, daß dieses (**mit**)geteilte Wissen so verwendet wird, wie es der Informierte für richtig hält. Die Präpotenz des Verlautarenden geht im Endeffekt dahin, daß er die Information aufs „nötige“ Minimum herunterdosiert, daß er den Zeitpunkt des Informierens bestimmt, und daß er Information lediglich als Synonym für Handlungsanweisung deutet. Die darin eingewobenen Momente des **vor-demokratischen** Obrigkeitsstaates provozieren dann **dazu**, die um den informationeilen Kernwert zentrierten sozialen Rollenzuweisungen und Handlungszumutungen zum eigentlichen Gegenstand der sogenannten Information zu machen und nach Möglichkeit leerlaufen zu lassen. Daß dies im Katastrophenfall absolut kontraproduktiv sein muß, liegt auf der Hand, wird sich aber so lange nicht überwinden lassen, wie die sozialen **Informations-Ummantelungen** nicht zugunsten von neuen Rollenzuweisungen und Handlungsmöglichkeiten aufgegeben werden.

3. Akzeptanz

Der zunächst mit hohem **partizipatorischen** und strengem Anspruch geprägte, dann zusehends modische Begriff „Akzeptanz“ kann seine letztlich werbliche Nähe zu den Public Relations kaum verbergen; von dort her bezieht er zugleich seine modernisierende Funktion: Akzeptanz einer **PR-Kampagne** beispielsweise soll bedeuten, daß eine Firma beim Konsumenten „ankommt“, d.h. einen **affektiven**, positiven Wiederhall findet, der sich später ganz oder teilweise an ein spezifisches Produkt oder eine spezifische Meinung heften läßt, so daß sich eine potentielle Anhängerschaft bzw. Käuferschaft findet, die nur noch aktualisiert zu werden braucht. Dem unterliegt ein Verständnis von nicht reflexionsfreier, nach Erfolg aber

desto stärker befürwortender Hinnahme, die von individuellen Eigenheiten oder Überzeugungen frei macht: Der einzelne soll sich einem Image anschließen, mit dem er sich emotional identifizieren kann.

Ein solches Verständnis von **Akzeptanz** ist unproblematisch, weil es im Marketing oder PR-Bereich darum geht, jenseits von grundlegenden Meinungsbildungsprozessen anzusetzen. Wo Marketing beginnt, sind bereits wichtige wirtschaftsstrukturierende Vorentscheidungen gefallen. Anders formuliert: Durch Marketing macht man aus einer Plan- keine Marktwirtschaft und aus einem grundsätzlichen Nicht-Raucher keinen Raucher, sondern man animiert durch ein emotional besser besetztes institutionelles Image, die Marke oder gewisse Argumente zu wechseln. Die grundsätzliche Vorentscheidung über Rauchen oder Nicht-Rauchen oder über eine bestimmte Meinung fällt früher, aufgrund anderer Imperative und in anderen sozialen **Kontexten**. Um an die Analysen im Vorangehenden **anzuknüpfen**: Die Ausdifferenzierung des basalen emotionalen und mentalen „Unterfutters“ läßt sich durch Marketing nur beeinflussen, wenn dadurch keine kognitiven oder **affektiven** Dissonanzen erzeugt werden. Man muß schon der Chemischen Industrie positiv oder mindestens neutral gegenüberstehen, um sich von deren PR- und dann **Werbe-Kampagnen** ansprechen zu lassen.

Im politischen Bereich wird die Übernahme eines solchen **Akzeptanz-Verständnisses** unweigerlich auf Probleme stoßen. Zwar trifft das auf reflexionsfreie befürwortende Hinnahme abzielende **Akzeptanz-Verständnis** das Wunsch-Modell vieler Politiker und Administratoren, doch entspricht es zunehmend weniger den Realitäten einer gesellschaftlichen Situation, in der gegenwärtig Politik gemacht werden muß. Anders als im Produkt-Bereich, wo die unterschwellig bereits zum Kauf entschlossenen, oder zumindest mit den Verlockungen eines Produktes liebäugelnden Verbraucher noch zwischen den verschiedenen Marken schwanken, zeigt sich gegenwärtig im Politischen und Gesellschaftlichen, daß sich das der Wirkung von PR und Marketing vorausgehende Image verändert. So wie Werbung ins emotionale „Aus“, ins Leere geht, sobald sich der „Stil“, d.h. das allgemeine Geschmacksempfinden des Publikums gewandelt hat, so geht auch staatliche „Sympathie-Werbung“ ins Leere, wenn sich die vorgängigen Werte und Normen zu wandeln beginnen. Wer heute Werbefilme aus den Fünfziger Jahren sieht, muß unweigerlich über die damaligen Stilisierungen und Ausstattungsideale grinsen. In diesem Stile wäre heute kein einziges Produkt an den Verbraucher zu bringen. Ganz genauso verhält es sich mit politischer Werbung: Sie wirkt nur, wo sie auf **PR-gestützte** „Stile“ trifft, die aber ihrerseits im emotionalen und mentalen Vorfeld, eben im „Unterfutter“, positiv orientiert sein müssen. Daß aber gegenwärtig über Vertrauensverlust etc. geklagt wird, liegt daran, daß hier das Unterfutter — oft etwas hilflos als „Politische Kultur“ angesprochen — im Wandel ist,

und nicht, daß zuwenig um Vertrauen geworben wird. (Das übrigens hatte der ursprüngliche „**Akzeptanz**“-**Begriff** der Essener Arbeitsgruppe unter Klaus Michael Meyer-Abich angezielt; im Begriff „**Sozialverträglichkeit**“ klingt es noch an.)

Ein weiterer wesentlicher Unterschied ist zu beachten. Der **Akzeptanzbegriff** wurzelt neben **PR/Marketing** auch im Bereich des Technischen. Auch dort ruhte er bislang einem „Unterfutter“, einem allgemeinen Technikverständnis auf, das absolut positiv **attribuiert** war. Technik und Fortschritt galten als Synonyme. Auch hier aber ist ein dramatischer Wertewandel zu verzeichnen, der darauf hinausläuft, daß zunehmend stärker nach Technikbereichen differenziert wird. Niemand würde heute auf Bügeleisen, Fernseher, HiFi-Anlage oder Heimwerkergerät verzichten wollen. Doch bereits beim Auto schleicht sich ein Moment ins „Unterfutter“, das langfristig wie Säure wirkt: Selbst der verzückteste Autonarr hat längst begriffen, welche ökologischen Folgen dieser technische Fortschritt bewirkt. Dies bedeutet noch lange nicht, daß deswegen das Auto abgeschafft wird, aber es ist ein gutes Beispiel, um Wandlungsprozesse ab ovo zu beobachten. Mehr und mehr wird der Spaß vergällt, entsteht ein mentales Unbehagen, das mit dem emotionalen Behagen kollidiert, strukturieren sich Meinungen und Anschauungen um. Im Politik-Bereich sind gerade derartige technikbezogene Umstrukturierungen viel zu spät wahrgenommen und — von heute aus gesehen — falsch behandelt worden.

4. Kontrolle

Theoretisch läßt sich der Zusammenhang von Vertrauen und Kontrolle insoweit bestimmen, als Kontrolle die modernisierte Form von Vertrauensbildung ist, wenngleich Vertrauen nie durch Kontrolle substituiert werden kann. Vertrauen ist „zumutbares Überziehen von Information“ (Luhmann) und damit ein sozialkonstitutives Element hoher **symbolisch-affektiver** Wirkung. Dieses Element von Vertrauen verweist zugleich darauf, daß es ohne übergeordnete, über allen „**checks and balances**“ stehende Bezugsgrößen nie gehen kann. Dies nicht allein aus praktischen, legitimatorischen Gründen (man vergleiche hier die **Diäten-Bewilligungs-Affäre**, wo sich die Kontrolleure selbst kontrollieren wollten; Analoges in der **Alkem-Nukem-Interatom-Affäre**, siehe: Schueler 1988; Schäfer 1988), sondern auch wegen des Bedürfnisses nach transzendentaler **Orientierung**: Wo alle irdische Gerichtsbarkeit endet, beginnt die Institution des Gottesurteils. Säkularisiert bedeutet dies, daß auch die perfektesten Kontrollmechanismen nicht ohne eine „letzte“ Kontrolle, eine über allen Kontrollen stehende symbolisierbare Bezugsgröße auskommen können.

Doch auch schon weit unterhalb dieser für die Festigkeit und Verlässlichkeit des emotionalen und mentalen Unterfutters wichtigen Bezugsgröße

bedarf es der wesentlichen Korrekturen am Kontrollapparat. Völlig zutreffend weist **Hamm-Brücher** (1988: 4) darauf hin, daß inzwischen die wesentlichen Entscheidungsinstanzen unserer Demokratie nicht mehr institutionell verankert und dort kontrollierbar sind, wohin sie von der Konstruktion unserer parlamentarischen Demokratie nach gehören. Zugleich fehlt es zunehmend an Kanälen, in die politische Unzufriedenheiten einmünden und so in die parlamentarischen Entscheidungswege integriert werden können, daß den neuen Bedürfnissen tatsächlich Rechnung getragen wird. Man kann die Folgerung vertreten, daß bei **Überanspruchung** alter Kreditlimits von „Vertrauen“ ein demonstratives Ausweiten von Kontrollchancen angebracht ist. Es wird dann seinen Zweck erfüllt haben, wenn die Bürger abwinken: „Das muß jetzt nicht mehr sein — macht Ihr nur!“

Aufgrund dieser — gewiß zugespitzten — Aussage erscheint es uns als besonders problematisch, daß inzwischen Entscheidungen, die aufgrund ihrer unkalkulierbar langfristigen Folgen einzeln und durch völlig neuartige Qualifizierungsverfahren bewertet werden müßten, noch immer Verfahren angewendet werden, für die in der Bevölkerung zunehmend das „Unterfutter“ fehlt: Wer Risiken tragen soll, die möglicherweise das eigene und das der folgenden Generationen bestimmen, der muß eher zuviel als zuwenig kontrollierend mitbestimmen dürfen, weil sonst, im Schadensfalle, das Einstehen für die so bewirkten Schäden verweigert werden wird.

IV Schlußfolgerungen

1. Zusammenschau

Auch wenn die Gesamtheit der Darlegungen den Eindruck erwecken mag, als handele es sich bei den mit Vertrauen und **Akzeptanz** verbundenen Problemen ausschließlich um strukturelle, historisch langfristig verlaufende Entwicklungen, die nicht **punktuell**, nicht kurzfristig und schon gar nicht durch Maßnahmen einzelner Institutionen, Behörden oder Personen beeinflußt werden können, so muß dem mit Entschiedenheit widersprochen werden. Vielmehr sprechen alle Anzeichen dafür, daß die gegenwärtig als „Vertrauens-, **Glaubwürdigkeits-** oder **Akzeptanzkrisen**“ wahrgenommenen Veränderungen lediglich darin krisenhaft sind, daß es den davon Betroffenen an Einsicht und Kenntnissen fehlt, um wirksam steuernd eingreifen zu können.

Es gehört zum wichtigsten Anliegen dieser Untersuchung, den verantwortlich Handelnden deutlich zu machen, daß es sich bei den krisenhaft erlebten Phänomenen keineswegs um neue Epiphänomene des Untergangs des Abendlandes handelt, sondern um Epiphänomene fortschreitender Modernisierung und Rationalisierung. Die alten, **vor-kapitalistischen**, **vor-kontraktuellen**, **vor-demokratischen Regelmechanismen** des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verkehrs werden, manchmal in Schüben, manchmal langsam und sukzessive, gegen neue Regelmechanismen ausgetauscht.

Führt man sich zu Bewußtsein, daß die heute noch gültigen und gebräuchlichen Regelmechanismen allesamt auf lange Traditionen zurückgreifen, die z.T. sogar in der Antike und der Renaissance, z.T. auch „erst“ in der Französischen Revolution wurzeln, so wird einsehbar, daß die Entwicklung und Reifung neuer Regelmechanismen als Zukunftsprojekt zu konzipieren ist.

Wie in allen **transitorischen** Phasen beherrschen **Ungleichzeitigkeiten**, Vermischungen, Überschneidungen, Gleichzeitigkeiten, Widersprüche, Unverträglichkeiten und Ausschließlichkeiten das Bewußtsein und Handeln der Akteure. Wer noch an „**Treu**“ und Redlichkeit“ glaubt und danach handelt, wird für die nachlassende **Zahlungsmoral** anderer Zeitgenossen nichts übrig haben. Wer noch an den Staat als Hüter des Allgemeinwohls glaubt, wird für intensives Lobbying, Beraterverträge und Postenschieberei nichts übrig haben. Wer dagegen über den Tellerrand blickt und die Abläufe in anderen Ländern betrachtet, der wird feststellen, daß Systeme

auch dann funktionieren, wenn sie, wie z.B. in Italien oder der Türkei, bestimmte „**Sonderalimentierungen**“ — bei uns knapp „Bestechung“ genannt — institutionalisieren und somit im modernen Sinne „rationalisieren“. Und wer sich die USA anschaut, der wird feststellen können, daß auch dort keineswegs das System zusammenbricht, nur weil Abgeordnete von Interessengruppen bezahlt werden oder sich große Bevölkerungsgruppen indirekt über eine Vielzahl von Kreditkarten „kreditieren“.

Bis zu einem gewissen Grade ist also zu vermuten, daß die um den Begriff „Vertrauens- und **Akzeptanzverlust**“ rankenden Emotionen unverhältnismäßig und unangemessen sind, ja, daß sich hier vielmehr nur Ratlosigkeit darüber artikuliert, daß die **Instrumentarien**, die man *bisher* beherrschte, schwächer werden und zusehends gar nicht mehr greifen. Läßt man sich jedoch davon nicht irritieren und wendet sich den Mechanismen zu, die im sicherlich verwirrenden Ozean der Möglichkeiten-Kombinatorik schwer zu identifizieren sind, so wird man durchaus gewisse basale Interventionspunkte finden können, an denen kompetent und effektiv angesetzt werden kann.

Bevor derartige Interventionspunkte dargestellt werden, bedarf es noch einer theoretischen Abklärung: sollte es zutreffen, daß die als Krisen bezeichneten Phänomene nur Ausflüsse eines spezifischen, im Bereich von Werte- und Normendefinition und **-artikulation** angesiedelten **Umgestaltungs-** und Modernisierungsprozesses sind, dann steht natürlich zuvörderst die Frage im Räume, was „Modernisierung von Vertrauen“ überhaupt heißen kann und welche Auswirkungen dies auf die „modernen“ Begriffe „Information“ und „**Akzeptanz**“ haben muß.

Zweifelsohne sind die Begriffe Vertrauen, Kontrolle, Akzeptanz, **Partizipation**, Kompetenz und Information miteinander verknüpft. Vertrauen ohne Kontrolle ist blind und leicht zu mißbrauchen; die daraus erwachsenden Frustrationen schlagen schnell in unbegründetes, überschießendes Mißtrauen um und zerstören Loyalität und Zustimmung, während Information als Moment der Sinn- und Bedeutungstiftung ohne Kontrolle zu Manipulation einlädt und Akzeptanz erodieren läßt. Diese Zusammenhänge sind dargestellt und kommentiert worden. Was noch nicht hinreichend Erläuterung gefunden hat, ist die **Tatsache**, daß Vertrauen als transzendente, **sozialkonstitutive** Kraft unverzichtbar ist und es daher vielfach präsenter, gesellschaftlich und politisch institutionalisierter Regelmechanismen bedarf, um Vertrauen als Lernprozeß präsent zu halten. Hier kann nur empfohlen werden, kurzfristiger als bisher unterschiedlicher Formen des „öffentlichen Rechenschaftsberichts“ (z.B. regelmäßige Fernsehauftritte „Zur Lage der Republik“) zu realisieren. Um dies jedoch nicht zu „mehr Werbung“ verdürftigen zu lassen, täte es not, daß dazu interne und externe „Rechnungsprüfer“ bestellt würden, Personen, die in der Lage sind, sich langsam artikulierende öffentliche Unzufriedenheiten darzustellen und da-

zu Stellungnahmen einzufordern. Wenn schon die wichtigen Entscheidungen aus dem Parlament gelöst worden sind und sich entscheidende Oppositionsströmungen ebenfalls außerhalb des Parlaments finden — warum sollten dann nicht auch „Frage- und Rechenschaftsstunden“ aus dem Parlament heraustreten und dort stattfinden können, wo die Betroffenen selbst sind?

Kurz, wenn Bürger sich nicht nur beklagen, sondern selber anklagen, zu vertrauensselig gewesen zu sein; wenn sie also grundsätzliche Abkehr befürchten lassen, so wird der Staat gut daran tun, *demonstrativ Kontrollchancen vorzuschießen*.

2. Schlußfolgerungen in Thesenform

1. Fazit: Das Verhältnis zum Staat, zu seinen Informationen und Maßnahmen ist immer anonym und unpersönlich und somit emotional unbefriedigend. Gefühlsmäßig befriedigende Erfahrungen werden nur im interpersonellen Austausch und im praktischen, nahen Umgang zwischen Menschen gesammelt. Dies ist der Vorteil jeder Gruppenbildung. Die Gruppenstandards prägen daher die Gefühls-, **Wahrnehmungs-** und Handlungsmodi der nach Anerkennung, Zugehörigkeit und persönlichem Akzeptiertwerden strebenden Individuen.
2. Fazit: Gruppen oder Individuen, die öffentlich Mißstände beklagen, bedienen sich dabei immer einer signalgebenden Symbolik, aus der sich ablesen läßt, wie breit und tief die Kluft zwischen ihnen und ihren Adressaten ist. Nur wenn diese Symbolik richtig dechiffriert wird, läßt sich ein produktiver Dialog beginnen, ausbauen und durchhalten.
3. Fazit: Die Problematik hinter der Symbolik muß erkannt und zum Thema gemacht werden. Andernfalls erleben die Parteien einander als Täuscher, denen es nicht um Inhalte geht.
4. Fazit: Da nie um Inhalte allein gerungen wird, sondern immer auch um **affektive** Momente, bedarf der inhaltliche Erkundungsprozeß der fortwährenden emotionalen Absicherung. Inhaltliche Konflikte können im Grunde erst dann ausgehalten werden, wenn man einander menschlich nicht mehr als Gegner wahrnimmt. Um dies zu erreichen, muß der Staat den zu Integrierenden das anbieten, was die Gruppe den einzelnen längst bietet: Anerkennung, Zugehörigkeit und persönliches Akzeptiertwerden.
5. Fazit: Das Akzeptieren des Bürgers durch den Staat wird dadurch erreicht, daß sich der Staat den Anliegen seiner Bürger problemorientiert und nicht nur formal zuwendet, durch Abstimmungs- und Kontrollmechanismen.

6. Fazit: Wenn eine problemorientierte Interaktion ermöglicht wird, dürfen die symbolischen Interaktionsmechanismen (wie z.B. Anhörungsverfahren) nicht kontraproduktiv benutzt werden.
7. Fazit: Die alten, mit Vertrauen assoziierten Werte und Haltungen müssen reformuliert und durch selbstbindendes Handeln propagiert werden.
8. Fazit: Auf der Werte-Ebene darf es eine Säkularisierung, **Partialisierung** und Privatisierung nicht geben: Die transzendenten und symbolischen Bedürfnisse der Menschen erlauben es nicht, Kategorien wie „Gemeinwohl“, „soziale Verantwortung“ etc. aufzugeben, weil sonst die Bezugsgröße des Sozialen, **Sozialität** selbst, aufgegeben wird.
9. Fazit: Auf der **Haltungs-Ebene** müssen personale Merkmale selbstverpflichtend propagiert werden, auf die eine moderne industrielle Gesellschaft vertrauen kann.
10. Fazit: Das Verhältnis Bürger-Staat wird durch Erfahrungen in der konflikthafter Auseinandersetzung konstituiert, geprägt und mit emotionalem Unterfutter **attribuiert**. Liefen alles ohne Konflikte ab, nähmen Staat und Bürger einander gar nicht wahr.
11. Fazit: Im Konfliktfall hat es der Staat in der Hand, ob er integrativ oder **exkludierend** wirkt.
12. Fazit: Je ausgeprägter seine integrativen Regelmechanismen **sind**, desto früher vermag er Entwicklungen zu absorbieren und Konflikte zu deeskalieren.
13. Fazit: Informationspolitik ist hin- und hergehende Kommunikation zwischen Staat und Bürger — keine Einbahnstraße für Anweisungen und Dekrete.
14. Fazit: Information ruht auf gemeinsam gestifteten Vorräten von Sinn und Bedeutung. Werden die sinn- und **bedeutungsstiftenden** Verständnishintergründe nicht mehr gemeinsam geteilt, läuft Information ins Leere.
15. Fazit: Information ist nicht primär Kenntnis- oder Datenübermittlung, sondern symbolische Vereinigung von Interaktionspartnern, die einander etwas mitzuteilen haben.
16. Fazit: Mitteilung von Information ist primär Miteinander-Teilen von Übereinstimmungen und die Bestätigung einer gemeinsamen Übereinkunft: Man läßt einander teilhaben, weil man sich im Grundsätzlichen einig weiß.
17. Fazit: Nur wenn man sich im Grundsätzlichen noch einig ist, kann auch Information über Dissonantes, Problematisches, Unangenehmes so mitgeteilt werden, daß erfolgreiche Aussicht auf Zu-

Stimmung oder **Akzeptanz** und entsprechendes Befolgen besteht.

Insgesamt: Angesichts der gegenwärtig zu bewältigenden Lage besteht nur noch ein schmaler Bereich für taktische Vorschläge. Aus diesem Grunde sind unsere **Empfehlungen** (Abschnitt. I, S. 7 f.) im Taktischen nur Warnungen, im übrigen aber, der Grundsätzlichkeit der Probleme halber, strategischer Art.

V Anhang

1. Interviewleitfaden

Institut für Soziologie

Universität Kiel

Befragung: Vertrauen und Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und Informationen

Seit der Affäre um Transnuklear und der verwirrenden Informationspolitik nach Tschernobyl wird vielfach von „**Vertrauensverlust**“ gesprochen.

1. Was soll **Ihrer** Meinung nach mit dem Begriff „Vertrauensverlust“ zum Ausdruck gebracht werden?
2. Wenn Sie versuchen, die Vertrauensverluste zu gewichten,
 - a) **Wem** oder **welcher** Institution ist dann das meiste Vertrauen entzogen worden?
 - b) **Welche** Bevölkerungsgruppe ist in ihrem Vertrauen am stärksten enttäuscht worden?
3. Glauben Sie, daß diejenigen, die sich zu Tschernobyl, Transnuklear etc. vernehmlich zu Wort gemeldet haben, auch diejenigen sind, die in besonderem Maße ihr Vertrauen in Politik und Politiker verloren haben?
4. Beschreibt der Begriff „Vertrauensverlust“ nach Ihrer Einschätzung die Veränderungen im Verhältnis Öffentlichkeit — Politik zutreffend?
 - a) Gibt es für Sie klarere oder besser geeignete Begriffe? Wenn ja, welche?
5. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach ergriffen werden, um Vertrauen zurückzugewinnen?
6. Glauben Sie, daß angesichts der heutigen technischen Risiken Vertrauen überhaupt noch ein angemessener Mechanismus der **Risikoakzeptanz** ist?
7. Was wäre Ihrer Meinung nach erforderlich, um **Risikoakzeptanz** ohne blindes Vertrauen erreichen zu können?
8. Wie beurteilen Sie das folgende Zitat?
„Schweine vertrauen ihrem Metzger doch auch nicht! Warum sollten wir Politikern vertrauen, die unsere Gesundheit verschachern, indem sie einfach die Strahlengrenzwerte raufsetzen.“
9. Gibt es Gesichtspunkte zum Thema „Vertrauensverlust“, nach denen ich nicht gefragt habe, die aber erwähnt werden sollten?